1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 24 vom 14. Juni 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Katy ade?

In der vergangenen Woche wurden in der EG-Kommission die Abgaswerte vorgeschlagen, die in der nächsten Zeit in Westeuropa gelten sollen. Sie liegen so hoch, daß der Einbau von Katalysatoren zur Entgiftung — bis auf einige hubraumstarke Luxusautos — nicht nötig ist. Die von der Bundesregierung verbal immer geforderte „Annäherung an die in den USA vorgeschriebenen Werte" ist nicht einmal annähernd erreicht. Der zuständige Minister, Zimmermann, hält die Ergebnisse der EG-Kommission zwar für „verbesserungswürdig" und wartet eine EG-Umweltministerkonferenz am 25. Juni ab. Ob da aber noch etwas an der Substanz dieser Beschlüsse verändert werden kann, ist zu bezweifeln.

Die SPD fordert jetzt erschrocken sofort Tempo 100. Sogar der ADAC ist von seiner Parole abgerückt „Freie Fahrt dem freien Bürger" — das alarmierende Ausmaß des Waldsterbens fordert konkrete Maßnahmen. Aber auch ein notwendiges Tempolimit kann kein Ersatz für umweltfreundliche Autos sein. Die Industrie ist dazu in der Lage, sie zu bauen. Schon zu Beginn der Diskussion über die Katalysatoren hat eine Firma nach der anderen „Kat-Modelle" präsentiert. **Die müssen — ohne Verteuerung für den Autofahrer — auf die Straßen!** Und Zimmermann muß aus dem Verkehr gezogen werden.

Der Minister hat sich in dieser Angelegenheit auch noch zusätzliche Feinde geschaffen. Nachdem ihn in der letzten Woche die Firma Henkel in ganzseitigen Anzeigen, wegen seiner Kritik am Waschmittelverbrauch anmachte, hat ein BMW-Sprecher jetzt gesagt, die Autobranche hätte wegen Zimmermanns Katalysatorplänen, die jetzt nicht durchgeführt würden „eine Milliarde Mark in den Sand gesetzt" Da werden die Kapitalisten in der Regel recht böse. Zumal, wenn der Herr Minister das genaue Gegenteil als eigentlichen Auftrag hat.

Kohl auf dem Vertriebenentreffen

Schlesien bleibt polnisch!

Über 100 000 Geburts-, Abstammungs-, und Bekenntnisschlesier (so die Einladung) werden auf dem diesjährigen Schlesiertreffen in Hannover erwartet. Sie alle, ihr in Sri Lanka geborener Obervertriebener Hupka eingeschlossen, können diesmal einen besonderen Triumph feiern: zum ersten Mal seit den sechziger Jahren wird wieder ein Kanzler zu ihnen sprechen.

Was Kohl dort reden wird, spielt im Grunde genommen keine Rolle. Der Triumph für die Schlesier und Politschlesier liegt darin, daß er überhaupt kommt. Und umgekehrt ist es genauso: der Skandal liegt vor allem darin, daß er überhaupt dort hingeht und dort redet.

Daß er dort redet, obwohl das ursprüngliche Motto „Schlesien bleibt unser" kaum verändert wurde. Ja, Hupka in einem Brief an Kohl noch einmal seinen Standpunkt bekräftigt hatte: „Schlesien ist nicht nur die Heimat der Schlesier, sondern Eigentum aller Deutschen".

Daß er dort redet, obwohl der „Schlesier", das Organ dieses Vertriebenenverbandes, in der Zeit vor diesem Treffen Ungeheuerliches schrieb: über den Einmarsch der Deutschen in Osteuropa, über polnischen



Kohl, Czaja: Neuerdings wieder offiziell hofiert — die Vertriebenen

Boden, der auch 40 Jahre nach Kriegsende nicht den Bauern gehöre, die ihn bebauen, sondern den Deutschen, usw. usf.

Daß er dort redet, obwohl die NPD — was angesichts dieser Meinungsäußerungen nicht weiter verwunderlich ist — offen angekündigt hat, daß sie an diesem Treffen teilnehmen wird.

Was die christdemokratischen Regierungsparteien mit den Vertriebenen verbindet, hat — wieder einmal — F. J. Strauß am deutlichsten gesagt. Er schrieb in seiner Grußadresse an die Teilnehmer des Jugendprogramms klipp und klar davon, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 fortbestehe, daß die Ostverträge und damit auch die Ostgrenzen der BRD nur provisorische Bedeutung hätten.

Kohls Besuch in Hannover und solche Äußerungen müssen ernst genommen werden. Wehren wir den Anfängen — bevor es zu spät ist!

„Kohl — der Riese wankt"

Bonner Koalition in der Krise

Zu Beginn des nächsten Monats will das Bonner Kabinett die Daten für den Bundeshaushalt 1976 beschließen. Im Vorfeld dieser Entscheidung brachen erneut Widersprüche zwischen den Koalitionsparteien auf. Strauß sprach nach seinen Verhandlungen mit Kohl am vergangenen Freitag von „unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten".

Ins Zentrum der Kritik aus allen an der Regierung beteiligten Parteien (einschließlich der CDU selbst) rückt dabei immer mehr der Kanzler. Zimmermann warf ihm im Fernsehen öffentlich Entscheidungsschwäche vor — eine für einen Bonner Minister höchst ungewöhnliche Attacke. Andere führende Unions- und FDP-Politiker äußerten sich — weniger direkt — in der gleichen Richtung. Und Strauß schließlich gab mit seiner Erklärung, „aus heutiger Sicht" gebe es keinen Grund, den Kanzlerkandidaten für die nächste Bundestagswahl zu wechseln, den Spekulationen über einen möglichen Sturz von Kohl neue Nahrung.

Es ist nicht verwunderlich, daß gerade nach der NRW-Wahl die Nervosität und die Widersprüche innerhalb der Koalition, die Angriffe auf den Regierungschef sprunghaft zunahmen. Denn die vernichtende Wahlniederlage der CDU, der bereits deutliche Einbrüche im Saarland und in Hessen vorangegangen waren, hatte die Grenzen einer Mehrheitsbildung für die Wende-Strategie in aller Deutlichkeit sichtbar gemacht und gezeigt, daß sich die Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht einfach — wie die endlose Kette der Bonner Skandale und Affären — „aussitzen" lassen.

Kohl hatte sich die Mehrheiten für seine Koalition bei der letzten Bundestagswahl vor allem mit dem Aufschwung-Versprechen geholt. Durch Haushaltsumschichtungen und „Lohnzurückhaltung" ermöglichte Gewinne sollten — so die von Kohl aufgemachte Rechnung — Investitionen anreizen, und die wiederum würden neue Arbeitsplätze schaffen. Der Aufschwung stellte sich zwar ein (in diesem Jahr wird ein Wachstum von etwa 2,5 Prozent erwartet); Kohls Rechnung jedoch ging gerade im letzten Teil nicht auf. Auch in den ersten Monaten dieses Jahres stieg die Arbeitslosigkeit weiter an — um 60 000 im Monatsdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr.

Fortsetzung auf Seite 2

Vor dem von der Polizei abgesperrten Landtag von Nordrhein-Westfalen demonstrierten 1 000 Stahlarbeiter, während der alte und neue Ministerpräsident seine Regierungserklärung verlas. Die Kollegen kamen aus Leverkusen, von der Firma Wuppermann, die nach dem Willen des Krupp-Konzerns dichtgemacht werden soll. (Der RM berichtete). Die aufgebrachten Stahlarbeiter riefen: „Rau raus! Wir lassen uns nicht verschaukeln", und buhten den Wirtschaftsminister Jochimsen aus, der nur einen Appell an Krupp losließ, die Stillegungsabsichten zu überdenken.

Mengele tot gefunden?

Stroessner-Besuch verschoben

Am vergangenen Freitag teilte die Bundesregierung mit, daß der Diktator Paraguays seinen für Juli geplanten Besuch der Bundesrepublik verschoben habe. „Wir nehmen das Faktum kommentarlos hin", erklärte Regierungssprecher Sudhoff. Kommentarlos, das heißt, die Einladung an den Faschisten bleibt bestehen, er wird zu jedem Zeitpunkt in Bonn empfangen. Die Protestbewegung, die sich gegen den Stroessner-Besuch gebildet hat, fordert weiter: unmißverständliche Ausladung von Stroessner!

Zur gleichen Zeit erschienen in der Presse Meldungen, nach denen in Brasilien die Leiche des berüchtigten KZ-Arztes Mengele gefunden worden sei, der Jahrzehnte lang von Stroessner, wie andere alte Nazi-Größen auch, als Gast in Paraguay gern gesehen und vor den Fahndern versteckt worden war.

Zu Beginn des berühmten „Sommerlochs" in der Presse gibt es zur Zeit viele Spekulationen um die geheimnisvolle Leiche in Brasilien. Dabei liegen die Dinge sehr klar, es gibt praktisch nur zwei Möglichkeiten:

1. Entweder es ist Mengele — dann ist klar, daß die Suche nach ihm jahrelang überhaupt nicht geführt worden ist. Denn die „heiße Spur", die jetzt nach Brasilien wies, ist bei einer Hausdurchsuchung in Günzburg gefunden worden, wo Mengeles Verwandtschaft als wohlhabende Industrielle ein schönes Leben führen. Wenn man bei denen jetzt — während die Diskussion des Staatsbesuches von Stroessner und seiner Verbindung zu Mengele — auf einmal das Material findet, das zu ihm führt, wäre das vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren ja wohl auch möglich gewesen.

2. Es ist nicht Mengele. Dann liegt auf der Hand, daß hier ein gezieltes Täuschungsmanöver gelaufen ist, mit Unterstützung des Bundeskriminalamtes und interessierter Kreise der CSU und anderen, die aus wirtschaftlichen und politischen Gründen den erwarteten Staatsgast vom lästigen Verdacht befreien wollten, nach wie vor Gastgeber des Massenmörders zu sein.

DEMONSTRATION HANNOVER
Samstag, 15. Juni 11 Uhr
Auftaktkundgebung auf dem Opernplatz
Demonstrationszug durch die Innenstadt
Abschlußkundgebung gegen 13.30 Uhr auf dem Weißekreuzplatz

Demonstration gegen das NPD-Deutschlandtreffen in Stadthagen. Kundgebung: 11.00 Uhr, Marktplatz

Rekord-Mai

Die Bundesanstalt für Arbeit teilte mit: im Mai 1985 ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik und Westberlin um 112000 auf 2192000 gesunken.

Im Mai 85 sind 60000 Menschen mehr arbeitslos als im Mai 84. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren im Mai so viele Menschen arbeitslos.

Mit den Arbeitslosenzahlen für Mai steht fest: im Jahresdurchchnitt werden die Arbeitslosenzahlen 1985 über denen von 1984 liegen. Aufschwung Marke Kohl und Bangemann.

36 Prozent aller registrierten Erwerbslosen — rund 800000 — erhielten im Mai keinerlei Leistungen vom Arbeitsamt. 35 Prozent erhielten noch Arbeitslosengeld, also gerade noch jeder dritte der registrierten Erwerbslosen. 29 Prozent erhielten Arbeitslosenhilfe.

Das bedeutet: weit über eine Million der offiziell registrierten Arbeitslosen liegt unterhalb des Sozialhilfeniveaus.

Wie sagte Helmut Kohl nach den Landtagswahlen in NRW? Man müsse die Politik der Bundesregierung nur besser verkaufen. Frage: wem?

Beschäftigungspolitische Maßnahmen und Arbeitszeitverkürzung — einen anderen Weg zur Senkung der Arbeitslosenzahlen kann es nicht geben.

Diese Regierung will ihn nicht gehen. Wen wundert's, wenn der BDI die Richtlinien der Politik bestimmt?

Noch einer will diesen Weg nicht gehen: Friedhelm Farthmann, der ehemalige Arbeits- und Sozialminister Nordrhein-Westfalens und frischgebackene Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag. Er wies die Forderung von Gewerkschaftsseite an die Landespolitik der nächsten Jahre zurück, ein Beschäftigungsprogramm auf Landesebene aufzulegen. Damit werde nur das Geld der Landeskasse „verpulvert"...

So spricht die SPD nach gewonnener Wahl.

Widerstandsrecht

Hans Preiss, geschäftsführendes Mitglied des IGM-Vorstandes, brachte es durchaus auf den Punkt, als er im Hinblick auf die geplante Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes und des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (kein Kurzarbeitergeld für kalt Ausgesperrte) feststellte:

Die Bundesregierung habe das Ziel, „die Spaltung der Einheitsgewerkschaft durchzusetzen". Beabsichtigt sei der „Tod jeder klaren Interessenvertretung". Dagegen müsse „notfalls das Widerstandsrecht greifen, wie es im Grundgesetz und in der Satzung der IG Metall verankert ist".

Tatsache ist: unter der demagogischen Losung „Stärkung der Minderheitenrechte" sollen die geplanten Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten die Möglichkeit erhalten, nahezu alle Betriebsratsentscheidungen zu blockieren. Wer leitender Angestellter ist, bestimmt in der Praxis der Unternehmer. Auf jeden Fall sind sie Wachs in seinen Händen; denn zur Wahrung ihrer privilegierten Stellung sind die Leitenden der Unternehmergunst auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Schon jetzt verpflichtet das Betriebsverfassungsgesetz die Betriebsräte zur sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Unternehmern, statt ihnen das Recht zu geben, uneingeschränkt die Belegschaftsinteressen zu vertreten. Demnächst sollen die Unternehmer über die Sprecherausschüsse ihrer Leitenden wichtige Betriebsratsentscheidungen direkt außer Kraft setzen können.

Nehmen wir den § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes: wenn der berüchtigte Franke-Erlaß Gesetz wird und kalt Ausgesperrte kein Kurzarbeitergeld mehr erhalten, werden die vom Bundesarbeitsgericht festgelegten Grenzen des unternehmerischen Aussperrungsterrors zur Makulatur. Über die kalte Aussperrung erhielten die Unternehmer die Möglichkeit, die gewerkschaftlichen Streikkassen in kurzer Frist auszuräumen.

Regierungssprecher Sudhoff wandte sich laut „Frankfurter Rundschau" scharf dagegen, „einer demokratisch gewählten Regierung mit dem Widerstandsrecht des Grundgesetzes zu kommen".

Leute seines Schlages halten parlamentarische Wahlergebnisse offensichtlich für eine Art Ermächtigungsgesetz. Daß diese Regierung sich auf eine Mehrheit im Bundestag stützt, die unbestreitbar aus parlamentarischen Wahlen hervorgegangen ist, ändert nichts daran, daß ihr Versuch, das Streikrecht der Gewerkschaften zu untergraben und die Betriebsräte als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten an die Kette des Unternehmerwillens zu legen, antidemokratisch ist.

Dagegen muß das Widerstandsrecht greifen. Dagegen müssen die Gewerkschaften das Recht auf politische Streiks haben.

Die Wüste strahlt

Deutsch-chinesische Atomgeschäfte

Mit Zhao Ziyang besucht in dieser Woche zum zweiten Mal ein Regierungschef der VR China die BRD. Kanzler Kohl, der im letzten Oktober mit großer Wirtschaftsdelegation in Peking war, hob die „guten, durch keinerlei politische Probleme belasteten Beziehungen" zwischen beiden Ländern hervor und stellte „weitgehend gleiche Ansichten zu wichtigen internationalen Fragen" fest.

Zhao Ziyang — 1968 von den Roten Garden aus dem Amt des Parteichefs von Kanton gejagt — gilt als einer der engsten Vertrauten des starken Mannes der VR China, Deng Hsiao-ping, und ist neben Deng einer der wichtigsten Initiatoren des „Modernisierungs"-Programms. Daß sein Besuch in der BRD in der Hauptsache der weiteren Forcierung dieses Programms (Einkauf modernster Technologien, Mobilisierung von Kapital usw.) dient, zeigt schon die Reiseroute: Mannesmann, MBB Hamburg, VW, Siemens.

Die BRD-Konzerne sind stark am Verkauf vor allem von industriellen Großanlagen, wie beispielsweise kompletter Stahlwerke, interessiert. Zwar hat der Handel der BRD mit der VR China kräftige Steigerungsraten aufzuweisen (im letzten Jahr ein Wachstum von fast einem Drittel); dennoch sind die Hoffnungen der BRD-Konzerne auf große China-Geschäfte nicht mehr so euphorisch wie noch in den siebziger Jahren beim Beginn der Pekinger „Modernisierungs"-Strategie. Denn schon zweimal hatte die VR China seitdem Großaufträge wieder abgesagt, weil Finanzierungsmittel dafür fehlten. Auch heute ist China nicht in der Lage, diese Mittel aus eigenen Exporten aufzubringen. Stattdessen werden zunehmend Kredite auf den internationalen Geldmärkten aufgenommen (allein in den letzten sechs Jahren 17 Milliarden Dollar), womit sich China auf dem Weltmarkt immer mehr zu einem unsicheren Kantonisten nach der Art hochverschuldeter Länder wie Polen oder Jugoslawien entwickelt.

Auf ein großes Geschäft im Zusammenhang mit dem Zhao-Besuch kann aber zumindest der Siemens-Konzern rechnen, dessen Tochter-Gesellschaft KWU ein Atomkraftwerk nach China liefern wird. (Kohl drängt die Pekinger Regierung zudem, Siemens möglichst massiv am Bau des größten Wasserkraftwerks der Welt zu beteiligen, das am oberen Jangtsekiang entstehen soll.) Das AKW-Geschäft mit China stellt aber nicht nur einen willkommenen Auftrag für Siemens im gegenwärtig flauen Reaktorhandel dar. Es soll offensichtlich ganz neue Dimensionen einer westdeutsch-chinesischen Atompartnerschaft eröffnen.

Der unmittelbare Anlaß für das starke Interesse Bonns an einer solchen Partnerschaft ist in der Blockierung des BRD-Atomprogramms zu suchen. Anfang dieses Monats hatte das Oberverwaltungsgericht Münster den Bau des Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente in Ahaus gestoppt. Hier — wie in den zweiten, schon fertiggestellten Zwischenlager bei Gorleben — sollten die verbrauchten Brennelemente der BRD-AKWs gelagert werden, bis (etwa Mitte der neunziger Jahre) die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wakkersdorf in Betrieb gehen kann.

Im erwähnten Entscheid des OVG Münster werden grundsätzliche Zweifel darüber angemeldet, ob der Betrieb von Zwischenlagern nach der Art von Ahaus überhaupt mit dem Atomgesetz vereinbar sei. Sollte sich diese Ansicht durchsetzen, würde auch die Inbetriebnahme von Gorleben gefährdet sein (die gegenwärtig ohnehin per Gerichtsentscheid gestoppt ist; zudem ist wegen Gorleben auch ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig). Ist aber die Zwischenlagerung des Atommülls nicht gesichert, kann das gesamte Atomprogramm kippen. Die für die nächste Zeit vorgesehene Inbetriebnahme des Hochtemperaturreaktors bei Hamm beispielsweise ist ausdrücklich daran gebunden, daß die dort anfallenden verbrauchten Brennelemente von Ahaus aufgenommen werden. Auch die anderen AKWs haben kaum noch eigene Lagerkapazitäten und sind somit auf Zwischenlager angewiesen.

Bis zum Jahr 2000 sollen nach gegenwärtigen Berechnungen fast 9000 Tonnen abgebrannter Brennelemente anfallen. Davon können aber nicht einmal 3000 Tonnen von den jetzt schon benutzten Zwischenlagern in Frankreich und England aufgenommen werden. Wohin also mit dem restlichen Atommüll?

Schon im letzten Jahr wurde im Bundestag eine exotische Problemlösung für die Atommüllfrage diskutiert: die Wüste Gobi in der VR China. Innenminister Zimmermann allerdings stellte sich scheinbar definitiv gegen eine solche Lösung: „Solche Vorstellungen gehören tatsächlich in die Wüste Gobi, und ich erteile ihnen eine klare politische Absage." Inzwischen aber hat sich in Zimmermanns Ministerium ein vollständiger Sinneswandel vollzogen. Ein dort ausgearbeitetes internes Papier kommt zu der Schlußfolgerung, daß mittelfristig 1000 Tonnen verbrauchter Brennelemente in die VR China geschafft werden könnten.

Wie stark Peking an diesem Atomgeschäft interessiert ist, machte jetzt Zhao Ziyang deutlich. Obwohl naturgemäß diese Art von Partnerschaft nicht gerne an die große Glocke gehängt wird, kündigte Zhao auf einer Pressekonferenz unmittelbar vor seinem Bonn-Besuch intensive Gespräche über die Lagerung von Atommüll an, wobei Peking offenbar nicht nur eine Zwischen-, sondern eine Endlagerung des Atommülls in der Gobi anstrebt. Ein wesentliches Interesse Pekings liegt in der Möglichkeit, aus den abgebrannten Brennstäben Plutonium für die Produktion von Atomwaffen zu gewinnen.

Bonn strebt, nach den Ausarbeitungen des Innenministeriums, eine umfassende Atompartnerschaft mit der VR China an. Neben der Lösung des Müllproblems und der Lieferung von AKWs nach China soll der neue Atompartner auch Uran in die BRD ausführen. So könnte in beiden Ländern das Atomprogramm weiter vorangetrieben werden — im zivilen wie im militärischen Bereich.

Bonner Koalition in der Krise

Fortsetzung von Seite 1

Vor allem die beharrliche Weigerung der Kohl-Regierung, auf die steigende Arbeitslosigkeit mit politischen Maßnahmen zu reagieren (bei gleichzeitigem Vorantreiben des Sozialabbaus), führte zu einem rapiden Abschmelzen ihrer Anhängerschaft. Nach den jüngsten Meinungsumfragen könnte die CDU heute nur noch genausoviele Wähler bundesweit mobilisieren wie die SPD (eine Abnahme von fast sechs Prozent gegenüber dem März 1983). In NRW hielten doppelt so viele Wähler die SPD für kompetenter bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie die CDU. Im Saarland konnte die CDU unter den Arbeitslosen nur noch fünf bis zehn Prozent Wähler rekrutieren (gegenüber bis zu 50 Prozent in früheren Jahren).

Alarmierend für die Koalition ist zudem der rapide Verfall des Ansehens von Kohl selbst. Auf der von der Forschungsgruppe Wahlen ermittelten Sympathiewerte-Skala (von — 5 bis + 5) liegt der Kanzler gegenwärtig mit 0,1 noch hinter Strauß (0,4) und weit abgeschlagen hinter Rau (2,1). Unter diesen Bedingungen wurde sogar die Rechtspresse nervös und begann von Kohl abzurücken. Eine Meldung, nach der 60 Prozent der Bundesbürger mit der Politik des Kanzlers unzufrieden seien, übertitelte „BILD" kürzlich: „Kohl — der Riese wankt."

Die im Lager der Reaktion zunehmende Kritik an Kohl hat aber auch das völlige Fehlen von Strategien für die Überwindung der Koalitionskrise deutlich gemacht. Strauß etwa — wie immer an der Spitze der Kritiker — fordert zwar seit Monaten „energische Maßnahmen" zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als absolute Priorität der Regierungspolitik. In die jüngsten Verhandlungen mit Kohl hat er aber auch nichts weiter eingebracht als die Forderung nach einer weiteren Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung, nach Abschreibungserleichterungen für Unternehmen und nach der (auch von der FDP befürworteten) Steuerreform in einem Zug — alles Maßnahmen, die sich nicht substantiell auf eine Verringerung der Arbeitslosenzahlen auswirken würden.

Zudem hat sich das CDU-Präsidium (in Absprache mit Bangemann) bereits eindeutig für die Fortsetzung des Spar- und Sanierungskurses auch im nächsten Haushaltsjahr ausgesprochen, was auch die Absage an größere Investitions- oder Beschäftigungsprogramme einschließt. Hier werden erneut die Grenzen deutlich, die für die Bonner Koalition durch den Auftrag zur kompromißlosen Durchsetzung einer Wende im Interesse des Monopolkapitals gesetzt sind.

Angesichts der Tatsache, daß ein Ende des gegenwärtigen Aufschwungs bereits in Sicht ist und am Beginn der nächsten Krise ein „Sockel" von etwa 2,5 Millionen Arbeitslosen stünde (gegenüber „nur" einer Million vor der letzten Krise) wird die Notwendigkeit deutlich, die Krise der Koalition auszunutzen und die von den Gewerkschaften angekündigten Herbstaktionen zu einem massiven Angriff gegen die Wenderegierung zu machen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Adressenanschrift und Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Koalitionsdebatte der hessischen Grünen

Grüne Politik als Kunst des Möglichen?

Vorerst wird es zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen in Hessen nicht kommen. Der hessische Landesvorstand der SPD entschied am 10. Juni, die SPD sei nicht bereit, zusätzliche Bedingungen für eine Koalition zu akzeptieren. Das bezieht sich auf das Ergebnis der Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen, die sich zwar für eine Koalition mit der SPD ausgesprochen hatte, aber die von Börner an sein Koalitionsangebot geknüpften Bedingungen in einigen Punkten nicht akzeptierte.

Auf der Landesmitgliederversammlung der Grünen war es nach 6stündiger Debatte zur Kampfabstimmung gekommen. Zuvor hatte sich eine überwältigende Mehrheit für die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit der SPD ausgesprochen. Diese Formulierung aber schloß noch jene mit ein, die eine Koalition ablehnten, aber für eine Tolerierung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung eintraten. Die Mehrheit für die Koalition mit der SPD fiel dann knapp aus: von 815 abgegebenen Stimmen sprachen sich 436 für eine Koalition mit der SPD aus.

Im Anschluß an diese Abstimmung beschloß die Versammlung aber Abänderungsanträge zu dem von der Landtagsgruppe vorgelegten Koalitionsbeschluß: statt dem von Börner angebotenen **einen** grünen (Umwelt-)Minister sollten **zwei** Minister und zwei Staatssekretäre für die Grünen rausspringen, die Zuständigkeiten des von Börner angebotenen Umweltschutzressorts sollten ausgeweitet werden (z. B. auf die Gewerbeaufsicht) u.a.

Wichtigste Änderung des von der Landtagsgruppe vorgelegten Koalitionsbeschlusses war: kein Doppelhaushalt 86/87, sondern jährliche Haushaltsverabschiedung wie üblich.

Ausschlaggebend für die Ablehnung des Doppelhaushaltes war, daß darin ein Schritt zur Ausschaltung der Kontrollrechte des Parlaments über die Regierung gesehen wurde. Und eben das ist vollständig richtig.

Alles in allem stellt der hessische SPD-Landesvorstand mit seiner Weigerung, „zusätzliche Bedingungen für eine Koalition zu akzeptieren“, den tatsächlichen Sachverhalt auf den Kopf: die hessischen Grünen haben eine eindeutige Aussage für eine Koalition getroffen und lediglich etwas völlig Selbstverständliches gefordert: Koalitionsverhandlungen ohne Vorbedingungen.

Wenn schon von „zusätzlichen Bedingungen“ die Rede ist, dann hat Börner die Grünen mit zusätzlichen Bedingungen in einer Weise unter Druck gesetzt, wie er es der FDP niemals zugemutet hätte.

Wenn der hessische SPD-Vorstand die Ergebnisse der grünen Landesmitgliederversammlung zum Anlaß nimmt, um aus der Koalitionsfrage zunächst einmal (aufgeschoben muß bekanntlich nicht aufgehoben heißen) auszusteigen, dann mag das auch daran liegen, daß Börner und seinen Parteifreunden etwas knieweich wurde angesichts der mächtigen Fronde, die gegen die sogenannte rot-grüne Koalition in Hessen auftrat.

CDU, DGB und Hoechst AG gegen das rot-grüne Chaos

Das Präsidium der Bundes-CDU verlangte am 31. Mai ein „Machtwort der Führungsspitze von SPD und DGB gegen den wirtschaftsfeindlichen rot-grünen Kurs“. Die SPD wurde von der CDU-Spitze aufgefordert, der „gegen die Interessen der hessischen Bürger gerichteten Politik unverzüglich ein Ende zu machen“. Auch der DGB dürfe zu diesem „Angriff auf die berechtigten Anliegen der Arbeitnehmer nicht schweigen“.

Der Oppositionsführer der CDU im hessischen Landtag, Gottfried Milde, sah gar folgendes voraus: „. . . durch die rot-grünen Wahnvorstellungen werde ein Aufstand der Arbeitnehmer provoziert“.

Der hessische DGB-Landesbezirksvorstand ließ gerade einen Tag verstreichen, um denn den Aufforderungen der CDU Folge zu leisten. Jochen Richert, DGB-Landesbezirksvorsitzender: „Der DGB hat kein Verständnis für das Koalitionsangebot Holger Börners, der die Grünen mit einem Minister für Umwelt- und Energiefragen an der Regierung beteiligen will. Die Gewerkschaften lehnen es ab, daß wichtige Bereiche wie ‚Gewerbeaufsicht‘ und ‚Arbeitsschutz‘ einem Grünen-Minister zufallen könnten (. . .) nun ist der Punkt erreicht, wo es nicht nur mit den Grünen, sondern auch mit der SPD Differenzen gibt.“

Schließlich der Bannstrahl aus dem Zentrum finanzkapitalistischer Macht in Hessen. Hoechst-Vorstandschef Sammet auf der Aktionärsversammlung: „Die Entwicklung in Wiesbaden in jüngster Zeit und jetzt die Möglichkeit, daß wir in Hessen einen grünen Umwelt- und Energieminister bekommen, läßt mich für die Zukunft unserer Arbeiter Schlimmes befürchten.“ Zugegeben trieb Sammet nicht nur die Sorge um die strahlende Zukunft der hessischen Arbeiter, ein wenig Eigennutz war auch im Spiel: „Ich habe große Sorge, ob es in Zukunft in Hessen noch möglich sein wird, notwendige Investitionen in einem vernünftigen Genehmigungsverfahren unter realistischen Bedingungen und mit einem tragbaren Zeitaufwand abzuwickeln.“

Dieses ganze reaktionäre Gejohle könnte einen schon neugierig machen auf eine SPD-Grüne-Koalition.

„Grüne Politik muß auch unter den jetzt herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen anwendbar sein“?

Man könnte es mit Mao halten, der in seinen besseren Tagen formulierte: "Was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen." Aber was der Feind bekämpft, kann man wohl nicht einfach an der Koalitionsfrage festmachen.

Daß der Bourgeoisie eine grüne Regierungsbeteiligung zu früh kommt, ist eine Sache, zumal in einer Zeit, in der die ausschlaggebenden Kapitalskreise selbst die Bonner Koalition anblaffen, weil ihnen die Wende bislang nicht konsequent genug ist. Was das Bürgertum vor allem will, ist die Liquidierung der Grünen als Partei, die antikapitalistische Interessen und Stimmungen mitvertritt. So oder so. Entweder über den Weg der tatsächlichen Zerstörung der grünen Partei oder auf dem Weg der vollständigen Parlamentarisierung der Grünen, durch den Druck auf die Grünen, die letzten Reste antikapitalistischer Kritik aufzugeben.

Die SPD hat sich einerseits zunehmend erfolgreich darum bemüht, die grünen Politikfelder zu besetzen. Sie hat den Grünen im Saarland und in NRW Wahlniederlagen beigebracht, die von den Grünen offensichtlich als existenzgefährdend erlebt werden. Auf der anderen Seite verstärkt das Aufwerfen der Zusammenarbeits- und Koalitionsfrage durch die SPD in der grünen Partei jene Kräfte, die sich die antikapitalistischen Reste vom Hals schaffen wollen, die die Grünen in eine bürgerliche Reformpartei und damit auch in eine regierungsfähige Partei verwandeln wollen.

Börners Koalitionsangebot hat, analysiert man den Beschluß der hessischen Landesmitgliederversammlung der Grünen, diesen Zweck durchaus erfüllt. Unter I/2 heißt es:

„Grüne Politik muß auch unter den jetzt herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen anwendbar sein, um die Ausgangslage für grundsätzliche Veränderungen zu verbessern oder zu schaffen.“

Man ersetze das Wörtchen ‚grün‘ durch ‚sozialdemokratisch‘ und Peter Glotz könnte für diese Formulierung wahrscheinlich Urheberrecht beanspruchen.

Die ‚grundsätzlichen Veränderungen‘ spielen derzeit keine Rolle. Was formuliert wird, ist eine Politik, die die „herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen“ akzeptiert.

Was das praktisch bedeutet, wird in der Frage der Atomenergie deutlich, die ja für den Aufstieg der Grünen von überragender Bedeutung war. Auf der Bundeshauptausschußsitzung der Grünen am 2. Juni in Frankfurt hat der ehemalige Bundestagsabgeordnete Eckhard Stratmann die hessischen Grünen angegriffen: „Ihr brecht Grüne-Identität bei dem Essential Atomenergie.“ Joschka Fischer antwortete: Es sei klar, daß man in dieser Legislaturperiode nicht erreichen könne, daß die Hanauer Nuklearfabriken stillgelegt und die Atomkraftwerke Biblis A und B abgestellt würden. Vielmehr gehe es nun zuerst darum, den Einstieg in die Plutonium-Wirtschaft zu verhindern.

Also: Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht. Nun gut. Das wäre ja noch kein hinreichendes Argument dafür, daß ausgerechnet ein Grüner als Energieminister für die hessische Atomenergie Verantwortung übernimmt. Also weiß Joschka Fischer ein größeres Übel, das nur durch eine grüne Regierungsbeteiligung abgewendet werden kann: der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft.

Neu und originell ist diese Art Realpolitik wirklich nicht. Wie uns die Tradition der SPD seit 1914 lehrt, gibt es auf dieser schiefen Ebene kein Halten; denn ein größeres Übel ist immer zur Hand.

Und auch Joschka Fischer wird sich weiter nach der realpolitischen Decke strecken müssen. Dieser Einstieg wurde in den Hanauer Nuklearfabriken, die man, wie der Realist Joschka Fischer weiß, in dieser Legislaturperiode nicht stillegen kann, längst vollzogen.

Wer weiß, vielleicht wird schon bald ein grüner Umwelt- und Energieminister gerade deshalb notwendig, um einen schrittweisen Ausstieg aus der Plutonium-Wirtschaft einzuleiten.

IG Druck & Papier beschließt Mediengewerkschaft

„Nur Riesen helfen gegen Riesen“

Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag in Fellbach haben die 282 Delegierten der IG Druck & Papier die Fusion mit der Gewerkschaft Kunst zur Mediengewerkschaft beschlossen. Die Schaffung der Mediengewerkschaft soll am Ende einer dreijährigen Übergangszeit stehen.

„Nur Riesen helfen gegen Riesen“ — mit diesem einleuchtenden Motto begründete der Vorsitzende der IG Druck & Papier, Erwin Ferlemann, die Notwendigkeit der Mediengewerkschaft. Gemeint sind die Medien-Riesen: in Konzernen wie Springer und Bertelsmann ist mit Kabel- und Satellitenfernsehen die starre Trennung zwischen Druck-Medien und Elektronik-Medien schon nicht mehr gegeben. Mit der weiteren Ausbreitung der neuen Medien wird diese starre Trennung endgültig historisch überholt sein. Das hat politische und tarifpolitische Konsequenzen. Um bei letzterem zum bleiben: wird es in Zukunft noch möglich sein, die Zeitungsbetriebe wirkungsvoll zu bestreiken, wenn den Verlegern die Möglichkeit bleibt, über die privaten Fernsehkanäle die Zeitung elektronisch ins Haus zu liefern?

Politisch unterstrich Ferlemann die große Bedeutung der kapitalistischen „Bewußtseinsindustrie“. Die Konzentration auf dem Mediensektor, die — wie auf dem Zeitungssektor bereits vorexerziert — die reaktionärsten und kapitalkräftigsten Konzerne stärken wird, erfordert auch die Konzentration gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Die jetzt ins Auge gefaßte Mediengewerkschaft kann dazu nur ein Anfang sein. Sie soll erfassen: die IG Druck & Papier mit 140000 Mitgliedern (davon 7000 Mitglieder der Deutschen Journalisten-Union und 2500 Mitglieder des Verbandes deutscher Schriftsteller) und die Gewerkschaft Kunst mit 29584 Mitgliedern (davon 18414 in der Rundfunk-Fernseh-Film-Union, 5013 Mitglieder in der Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände Bildender Künstler, 3902 Mitglieder in der Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und konzertierender Künstler, 1041 Mitglieder im Berufsverband Show und Unterhaltung, 1002 Mitglieder im Deutschen Musikerverband, 212 Mitglieder im Schutzverband Bildender Künstler).

Die Deutsche Orchestervereinigung mit 7500 Mitgliedern ist wegen der Frage der Mediengewerkschaft aus der Gewerkschaft Kunst ausgetreten und in die Deutsche Angestellten Gewerkschaft eingetreten. Damit hat die Bundesberufsgruppe Kunst und Medien in der DAG rund 16000 Mitglieder. Ebenfalls aus der Gewerkschaft Kunst ausgetreten ist die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger mit 9000 Mitgliedern. Sie verhandelt über einen Eintritt in die DAG.

Ablehnend steht der Mediengewerkschaft auch der Deutsche Journalistenverband mit 14500 Mitgliedern gegenüber.

Deutlich wird, wo die Schwachstelle der künftigen Mediengewerkschaft derzeit noch liegt: die technische Basis der neuen Medien wird von ihr zu wenig erfaßt. Damit aber steht und fällt die Frage der Kampffähigkeit der neuen Gewerkschaft über die Bereiche der Druck- und Papierindustrie hinaus.

Die derzeitige Zusammensetzung der Gewerkschaft Kunst hat — abgesehen von der RFFU — tatsächlich noch etwas Exotisches an sich. Das ist kein Argument gegen die Einbeziehung der genannten Verbände. Weist aber eben auf die Notwendigkeit hin, verstärkt um die gewerkschaftliche Organisierung der Beschäftigten im technischen Bereich der neuen Medien zu kämpfen.

In diesem Zusammenhang haben denn auch Bedenken, wie sie von Delegierten geäußert wurden, eine gewisse Berechtigung, die darauf hinaus liefen, daß die Arbeiter in der neuen Mediengewerkschaft in den Hintergrund gedrängt werden könnten und stattdessen Intellektuelle und Künstler das große Wort führen könnten. Ein Argument, das eine reale Gefahr benennt, aber nichts daran ändert, daß der Schritt zur Mediengewerkschaft den tatsächlichen Veränderungen in der Realität Rechnung trägt. Es ist aber eben tatsächlich notwendig zu problematisieren, daß die Mediengewerkschaft als schlagkräftige Industriegewerkschaft nur eine Chance haben wird, wenn sie dem technischen Bereich größte Aufmerksamkeit widmet.

Ein anderes Bedenken, das mit der Mediengewerkschaft verbunden ist, besteht darin, daß der Preis für die Vereinigung mit der Gewerkschaft Kunst darin liegen könnte, daß der Charakter der IG Druck & Papier als Kampforganisation und ihre vergleichsweise linke politische Ausrichtung aufgegeben werden könnte.

Auch diese Bedenken finden Nahrung. So wurde mit knapper Mehrheit ein Antrag abgelehnt, daß die IG Medien für die „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen Markt und Wirtschaft beherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ eintreten solle.

Detlef Hensche sprach sich dagegen aus, bindende Beschlüsse über die politische Linie einer noch gar nicht gegründeten Gewerkschaft zu fassen. Dies sei die IG Druck & Papier „den kleineren Verbänden, die zu uns kommen, schuldig“.

Die demokratische Haltung Detlef Hensches gegenüber den „kleineren Verbänden“ klingt ja ganz ehrenwert. Aber die IG Druck & Papier ist auch ihren Mitgliedern etwas schuldig. Von den Mitgliedern der IG Druck & Papier kann schwerlich erwartet werden, daß sie in Sachen Mediengewerkschaft politisch die Katze im Sack kaufen.

Mannesmann/Duisburg

Gegen die „japanische Krankheit"

15 Kollegen sollen bei Mannesmann in Duisburg unter teilweise erheblichen Einkommensverlusten versetzt werden. Ein heutzutage nicht gerade seltener Vorgang. Dahinter aber steckt mehr: Mannesmann will den Einsatz von Fremdfirmen auf der Hütte ausweiten. Und: Mannesmann geht dabei illegal vor. Stichwort: „illegale Arbeitnehmerüberlassung".

25 Kollegen — weitere werden wohl folgen — haben gegen Mannesmann vor dem Arbeitsgericht Klage erhoben. Sie sind offensichtlich illegal als Leiharbeiter auf der Hütte eingesetzt worden. Sie verlangen die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Bei der Arbeitsgerichtsverhandlung kam es an den Tag. Mannesmann-Vertreter Entzel ließ die Katze aus dem Sack: „Bereits seit einem Jahr gibt es Überlegungen, Adjustagearbeiten in Gewerke zu übergeben... Daher nahm die Firma Schweißtechnik schon im Vorgriff die Einarbeitung der in Frage kommenden Leute im Betrieb vor..."

Mit anderen Worten: unter Umgehung des Betriebsrates wurde die Vergabe von Flämm- und Brennerarbeiten in der Adjustage S 2 an die Fremdfirma Schweißtechnik dadurch vorbereitet, daß insgeheim Leiharbeiter auf der Hütte eingearbeitet wurden.

Jetzt steht natürlich die Frage: sind die 15 Arbeitsplätze in der Adjustage nicht in Wirklichkeit nur die Spitze des Eisbergs? In welchen Bereichen wird auf ähnlich illegale Weise die Übergabe an Fremdfirmen vorbereitet, ohne daß der Betriebsrat davon etwas weiß? In einem Flugblatt der ‚konsequenten Gewerkschafter' heißt es dazu: „Werden heute schon auf der Hütte Leute von Fremdfirmen zur Übernahme anderer Tätigkeiten und Bereiche auf der Hütte eingearbeitet? Ist diese anscheinend langfristige Planung auch der Grund, warum die Werksleitung sich bisher beharrlich weigerte, Personalplanungsunterlagen und Unterlagen über den Einsatz von Fremdfirmen an den Betriebsrat zu übergeben? Bisher hat der Betriebsrat die möglichen rechtlichen Schritte — trotz unserer wiederholten Forderung — nicht eingeleitet."

Der Mannesmann-Vorstand sperrt sich offensichtlich gerade deshalb gegen offenkundig notwendige Neueinstellungen, weil er die Leiharbeit auf der Hütte weiter ausdehnen will. Dazu die ‚konsequenten Gewerkschafter':

„Obwohl an vielen Stellen mittlerweile eklatante Lücken auftreten, werden vom Betriebsrat geforderte Neueinstellungen abgelehnt. Wir haben in Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung eine Unterdeckung von ca. 200 Belegschaftsmitgliedern errechnet. Nach Ansicht der Werksleitung besteht zur Zeit lediglich eine solche von 42. Allerdings wird für das 2. Halbjahr unsere Zahl nicht bestritten... So wäre die Übernahme der klagenden Kollegen eine Verbesserung für die Belegschaft der Hütte ohne deren Arbeitsplätze zu gefährden. Sie würde z.T. unerträglichen Arbeitsbelastungen vermindern und — Unternehmereinsatz auf der Hütte zurückdrängen. Das hat anscheinend auch Mannesmann-Vertreter Entzel erkannt. Vor dem Arbeitsgericht sagte er dazu:

‚Bei Übernahme der Kläger würden wir ja die Firma Schweißtechnik aus dem Betrieb entfernen müssen, das wollen wir nicht...'

Aber:

Die Belegschaft der Hütte will die Entfernung der Fremdfirmen: Die Belegschaft der Hütte will keine japanischen Verhältnisse!

Dies können wir nur gemeinsam mit — und nicht auf Kosten der Fremdfirmenarbeiter erreichen. Die Arbeitgeber setzen mit ihrem ‚japanischen Modell' auf mehrere konkurrierende Belegschaften in einem Betrieb: Stammarbeiter mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen, Arbeiter mit befristeten Verträgen, Fremdfirmenleute. Motto: jeder gegen jeden. Gegen diesen Spaltungsversuch kann unser Motto nur lauten:

Wir lassen uns nicht spalten!

Eine Belegschaft — ein Betriebsrat!

Gemeinsam können und werden wir die ‚japanische Krankheit' kurieren!"

IGM/Duisburg

Ausschlußserie gegen „Konsequente Gewerkschafter"

Die Verfahren gegen die 19 Kandidaten der Liste der Kollegengruppe „Konsequente Gewerkschafter" bei der letzten Betriebsratswahl bei Mannesmann/Duisburg kamen jetzt zu einem traurigen Abschluß: 9 Ausschlüsse, 4 Versammlungs- und Funktionsverbote für zwei Jahre, ein Funktionsverbot für zwei Jahre, drei schriftliche Rügen, zwei Verfahren wurden eingestellt.

Die Vorgeschichte: bei der letzten Betriebsratswahl kandidierten die ‚konsequenten Gewerkschafter' als Block auf der Persönlichkeitswahlliste. Das Ergebnis war überraschend: nur Kandidaten der Gruppe um den Betriebsratsvorsitzenden Karl Heinz Stommel kamen in den Betriebsrat. Dies widersprach nicht nur der zumindest in einigen Hallen feststellbaren Stimmung, es gab auch bald unübersehbare Verdachtsmomente für Wahlmanipulation.

Die ‚konsequenten Gewerkschafter' fochten die Wahl vor dem Duisburger Arbeitsgericht an — mit Erfolg. Am 24./25. Juli mußte die Betriebsratswahl bei Mannesmann wiederholt werden. Auch diesmal waren die ‚konsequenten Gewerkschafter' grundsätzlich bereit, einer Persönlichkeitswahl zuzustimmen. Sie stellten aber einige Forderungen auf, die darauf abzielten, erneute Wahlmanipulationen zu erschweren. Unter anderem forderten sie, der Wahlvorstand dürfe nicht wieder ausschließlich von Mitgliedern der Stommel-Gruppe gestellt werden. Die Stommelgruppe lehnte alle Forderungen ab. Daraufhin kam es zur Listenwahl. Die ‚konsequenten Gewerkschafter' errangen im Arbeiterbereich mit knapp 25 Prozent der Stimmen fünf der 23 Sitze und im Angestelltenbereich einen der sechs Sitze.

Die IG Metall eröffnete gegen alle 19 Kandidaten der ‚konsequenten Gewerkschafter' ein Verfahren.

Die jetzigen Entscheidungen zeigen, wie wenig es den dominierenden Kreisen der IGM in Duisburg und Frankfurt offensichtlich darum geht, die Einheit der IGM bei Mannesmann zu wahren. Zweitens offenbaren sie ein — gelinde gesagt — makabres Demokratieverständnis. Nicht die, die eine Betriebsratswahl manipulieren, müssen sich verantworten. Im Gegenteil: diejenigen, die sich dagegen wehren, werden ausgeschlossen.

Warnstreiks im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Historischer Warnstreik im Großhandel



Gemeinsame Kundgebung der vier Betriebe

Die Gewerkschaft HBV startete eine, für Rheinland-Pfälzer Verhältnisse, bisher noch nie dagewesene Warnstreikwelle. Im Einzelhandel streikten insgesamt neun Betriebe, davon fünf Betriebe im Bereich Vorderpfalz. Alle Warnstreiks waren ein voller Erfolg, den in diesem Ausmaß niemand erwartet hatte. Selbst die Unorganisierten streikten — zum großen Teil — in allen Betrieben mit.

Am 23.5. morgens um 5 Uhr kam es dann, nach 19 Stunden Verhandlung zum Abschluß. Das Ergebnis:

- 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich für alle ab 1.1.1986, auch für Azubis;
- Zusammenfassung der zusätzlichen Freizeit in „Blockfreizeiten";
- keine Verlängerung oder Schaffung zusätzlicher Pausen;
- Einbeziehung der Teilzeitkräfte in die Arbeitszeitverkürzung;
- 2,5 % Gehalts- und Lohnerhöhung ab 1.5.1985;
- 2,1 % Gehalts- und Lohnerhöhung ab 1.5.1986;
- diese Prozentsätze gelten auch für Azubis;
- Verbesserung der Mehrarbeitsregelung;
- Maßregelungsverbot für die an Warnstreiks Beteiligten.

Als „historisch" könnten die Warnstreiks im Großhandel bezeichnet werden, waren es doch die ersen in der Geschichte der HBV im Bereich Großhandel in Rheinland-Pfalz.

Vier Betriebe streikten 2 1/2 Stunden. Bei Dogmoch begann der Warnstreik schon um 6.00 Uhr. Die Geschäftsführung beantragte am Tag zuvor eine einstweilige Verfügung gegen den Streik, die sie allerdings nicht bekam, weil der Warnstreik offiziell noch nicht beschlossen war. Um so massiver war die Geschäftsführung mit Verbandsführerin am nächsten Morgen vertreten, um einige Streikbrecher zu hofieren.

Um 7.30 Uhr, leider für Dogmoch zu früh, da bis zu diesem Zeitpunkt die Hälfte der Beschäftigten noch nicht im Betrieb war, führte ein Demonstrationszug zur Fa. Röchling und weiter zu Willersinn und Walter. Hier waren dann die ca. 250 Streikenden versammelt. (Immerhin fast 1/3 der HBV-Mitglieder des Großhandels der Vorderpfalz).

Zu den Warnstreiks war es gekommen, nachdem die Großhandelsbosse in der ersten Verhandlungsrunde 2,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt angeboten hatten und sonst nichts. Nicht einmal eine Erhöhung der Azubi-Gehälter.

Die Forderungen im Großhandel Vorderpfalz lauten:

- 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens 120,— DM;
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit;
- Anhebung der jährlichen Sonderzahlung von 20 auf 50 Prozent;
- Begrenzung der Mehrarbeit;
- Regelung der Teilzeitarbeit;
- Neuregelung des Lohnabkommens.

Am Tag vor dem Warnstreik fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung der vier beteiligten Betriebe statt, an der sich immerhin 47 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. Nach lebhafter Diskussion gab es ein einstimmiges Abstimmungsergebnis für Warnstreik (keine Enthaltungen).

Neben dem Billigstangebot der Großhandelskapitalisten gab es zwei weitere wesentliche Faktoren, daß erstmals Warnstreiks durchgeführt werden konnten:

1. Wurden im Fachgruppenvorstand einige betriebliche Funktionäre durch kämpferische Kolleginnen und Kollegen ersetzt.

2. Werden seit einiger Zeit überbetriebliche Mitgliederversammlungen im Fachbereich Großhandel-Vorderpfalz durchgeführt, die sich großer Beliebtheit erfreuen und bei denen es oft zu heißen Diskussionen kommt.

Die Unternehmer legten bei der folgenden Verhandlung dann ein Angebot von 3 Prozent plus Erhöhung der Azubi-Gehälter in gleicher Höhe vor. Über die weiteren Punkte, die sie für den Einzelhandel unterschrieben hatten, waren sie für den Großhandel immer noch nicht bereit zu verhandeln. Die nächsten Verhandlungen finden am 26. Juni statt.

Muckenhaupt/Hattingen

Erfolg des Betriebsrates

Im RM 16/85 berichteten wir über den Versuch der Geschäftsführung der Hattinger Bergbauzulieferfirma Muckenhaupt, die aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung in ihrem Betrieb auszuschalten. Am 8. Mai fand vor dem Arbeitsgericht Hagen der Prozeß Geschäftsführung gegen Betriebsrat Muckenhaupt statt, in dem die Geschäftsführung die fehlende Zustimmung des Betriebsrates zur beantragten fristlosen Entlassung der Betriebsrätin Anna Schulte durch AG-Beschluß ersetzen lassen wollte.

Die Geschäftsführung wollte die Kollegin wegen Bruchs der Schweigepflicht feuern, weil sie in einem privaten Telefongespräch einen Kollegen darüber informiert hatte, daß er vermutlich weniger verdiene als vergleichbare andere Beschäftigte und ihm zugesagt hatte, sich um diese Angelegenheit zu kümmern. Das Arbeitsgericht belehrte den früheren FDP-Mandatsträger und Geschäftsführer von Muckenhaupt, Moews, darüber, daß rechtlich jegliche Voraussetzungen zur fristlosen Entlassung der Kollegin fehlen. Durch die Informierung des Kollegen habe sie ihre arbeitsvertraglichen Verpflichtungen als Schlosserin keineswegs verletzt. Darüber hinaus sei es auch vermutlich so, daß sie durch die Informierung ihren Verpflichtungen als Vertreterin der Belegschaft nachgekommen sei. Ein vom Arbeitsgericht eingebrachter Vergleichsvorschlag, daß die Geschäftsführung ihre Anträge gegen den Betriebsrat zurückzieht und die Kollegin dafür aus dem (in diesem Betrieb zentralen) Lohn- und Gehaltsausschuß ausscheidet wurde von der Kollegin und der IG Metall abgelehnt. Daraufhin wurde das Urteil gegen die Geschäftsleitung gefällt.

Der Erfolg der Betriebsrätin vor dem AG ist auch ein Ergebnis der wirklich breiten Solidarität im Hattinger Raum und aus einer ganzen Reihe anderer Betriebe. Zum Termin erschienen ca. 20 Kollegen aus Hattinger Betrieben, z.T. mit Spruchtafeln wie „Solidarität mit Anna Schulte" oder „Es gibt zwar überall einen Gockel — holt den Moews von seinem Sockel!" Zahlreiche Solidaritätsresolutionen gingen bei Geschäftsleitung und Betriebsrat ein; aus dem Hattinger Betrieb O&K unterschrieben einige Hundert Kolleginnen und Kollegen eine Soli-Resolution.

Vom Spruch des AGs zeigte sich die Geschäftsleitung allerdings — wie üblich — wenig beeindruckt. Anderntags ließ sie schon aushängen, daß sie sich weiterhin weigere, mit dem Betriebsrat die tariflich vorgeschriebenen Eingruppierungsverhandlungen zu führen, weil die Kollegin Schulte den vom AG vorgeschlagenen Vergleich nicht angenommen habe. Und es gelang ihr auch, eine auf den Angestelltenbereich beschränkte Unterschriftensammlung gegen die Kollegin zu inszenieren.

Die Belegschaftsvertreter bei Muckenhaupt sehen sich erneut mit der Situation konfrontiert, daß sie wie so oft schon recht kriegen, sich dafür aber vor Ort im Betrieb reichlich wenig „kaufen" können, weil knallharte Eigentümer die AG-Urteile immer wieder durch Drohungen, Erpressungen, Verunsicherungen der Belegschaft unterlaufen. Der Fall hat insofern viel Ähnlichkeit mit dem der entlassenen Betriebsräte bei BMW/Westberlin. Hier wird in der betrieblichen Praxis schon angewandt, woran in Bonn noch auf gesetzgeberischer Ebene gebastelt wird.

Die Ortsverwaltung der IG Metall hat in einem sehr bestimmten Flugblatt an die Belegschaft klargestellt, daß sie „die erforderlichen rechtlichen Schritte" einleiten wird, falls die Unternehmensleitung nicht auf gütlichem Weg zu Eingruppierungsverhandlungen zu bewegen ist.

Aber die weitere Stabilisierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in diesem Hattinger Wildwest-Betrieb wird sicherlich wesentlich von der Mobilisierung der Belegschaft, von der Solidarität inner- und außerhalb des Betriebs abhängen.

Demnächst wird vor dem AG Hagen über den hilfsweise gestellten Antrag, die Kollegin Schulte aus dem Betriebsrat zu entfernen, entschieden. Man kann sich also immer noch solidarisch zeigen, bei: VKL-Muckenhaupt;

- IGM-Hattingen, Große Weilstr., Hattingen.

Stahlkonzerne haben rationalisiert — die Bilanzen zeigen es

Die Bilanzen der Stahlkonzerne

Trotz des immer wiederkehrenden Geschreis der Stahlmanager über die ach so schlechte Lage und die böse Konkurrenz aus der Europäischen Gemeinschaft zeigen die Bilanzen der größten Stahlkonzerne der BRD, wie man in den letzten Jahren weiter rationalisiert hat, die Profitlage verbessert hat.

Eine zweite Vorbemerkung tut not: Nach wie vor ist klar, daß damit beileibe noch nicht das „Ende der Fahnenstange" erreicht ist. Eine Zahl zeigt dies: von den derzeit noch rund 460000 Stahlarbeiterarbeitsplätzen in der EG sollen bis Ende 1986 noch einmal rund 150000 vernichtet werden. So geht es aus einer Meldung der EG-Kommission von Ende Mai hervor.

Nicht ausgestanden sind außerdem die Fusionskonzepte von Krupp, Klöckner und CRA. Die letztlich von Krupp beschlossene Schließung von Wuppermann in Leverkusen ist Beleg dafür, daß die Arbeitsplatzvernichtung — ob mit oder ohne Fusion — weitergehen soll.

Entwicklung seit 1974

Auf dem letzten Eisenhüttentag wurde das nebenstehende Schaubild veröffentlicht, das sehr deutlich zeigt, wie und in welchen Bereichen sich eine massive Änderung der Produktionsstruktur in der Stahlindustrie der BRD ergeben hat und welche Anlagen stillgelegt worden sind.

Zwei Punkte sind dabei wichtig, weil sie zeigen, welche neuen Technologien eingeführt worden sind:

1. Massiver Aufbau von Stranggußanlagen, damit Wegfall des alten Blockgußverfahrens und massiver Arbeitsplatzabbau.

2. Ausbau des Bereichs von Blechen — gewalzt auf Kaltbandstraßen — und Halten der Warmbreitbandstraßen, die als Vorstraßen für die Kaltbandstraßen zu betrachten sind. Hier ist die Ursache der höhere Absatz für die Bereiche Automobil, Dosen usw.

Wie war nun das letzte Geschäftsjahr?

Insgesamt ist festzuhalten, daß trotz der Klagen der Stahlbosse über den immer höheren Import von Stahl in die BRD die westdeutschen Stahlkonzerne ihrerseits den Exportanteil ihrer Stahlerzeugung haben erneut erhöhen können. Er liegt mittlerweile (1984) bei 38 Prozent und damit noch einmal 2 Prozent höher als im extrem guten Boom- und Exportjahr 1974.

Von einer wie immer begründeten Verschlechterung der Konkurrenzposition der bundesdeutschen Stahlmonopole kann also keine Rede sein. Dies sieht — mit Abstrichen — auch das Hausorgan der Stahlunternehmer so. In der Ausgabe vom 20. Mai heißt es in der Zeitschrift Stahl und Eisen:

„Die Ertragslage hat sich inzwischen so weit gebessert, daß die meisten Unternehmen wieder schwarze Zahlen schreiben. Dies ist vor allem ein Ergebnis der ständigen Rationalisierung und der Konzentration der Erzeugung auf die leistungsfähigsten Anlagen. Das wird besonders daran sichtbar, daß z.B. die staatseigenen Konzerne in Frankreich und Italien, die mit den notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Verzuge sind, nach wie vor mit Verlusten in Größenordnungen von Milliarden DM operieren." (S. 597/85, Zitat aus einer Mitteilung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie)

Schaut man sich nun die Bilanzen an, so wird dies — zumindest bedingt — auch in diesen und den Geschäftsberichten deutlich.

Wir beschränken uns im folgenden auf die Konzerne Thyssen, Krupp, Klöckner, Hoesch und Peine-Salzgitter.

Arbed spielt wegen seiner besonderen Lage auch eine besondere Rolle, so sind deren Bilanzen schlecht vergleichbar, wegen der diversen staatlichen Zuschüsse.

Mannesmann ist mittlerweile — noch weitaus mehr als Thyssen — kein reiner Stahlkonzern mehr, so daß auch hier keine vernünftige Vergleichbarkeit gegeben ist.

Zunächst fällt bei allen Konzernen auf, daß die staatlichen Zuschüsse, die von Bonn gezahlt wurden bzw. angekündigt sind, nur zum Teil offen dargelegt und ausgewiesen werden. Zwar finden sich überall Einzelzahlen, aber in den Bilanzen „verstecken" sich die genauen Summen unter Positionen wie „sonstige Vermögensgegenstände" bzw. sind der Gewinn- und Verlustrechnung aufgeführt — ebenfalls zusammen mit anderen nicht aufgeschlüsselten Positionen — unter dem Posten „sonstige Erträge".

Soweit aus den Bilanzen und den Einzelangaben zu ersehen, sind es folgende Summen, die die Konzerne nennen:

Thyssen: ca. 550 Millionen (für zwei Geschäftsjahre)
Hoesch: ca. 275 Millionen
P + S: ca. 120 Millionen
Klöckner: ca. 266 Millionen
Krupp: ca. 105 Millionen

Aus einer Mitteilung des Haushaltsausschusses des deutschen Bundestages allerdings waren ganz andere Zahlen zu entnehmen.

Thyssen 752 Millionen
Hoesch 868 Millionen
P + S 290 Millionen
Klöckner 538 Millionen
Krupp 571 Millionen

Deutlich wird damit einmal mehr, daß die Aussagen von Bilanzen in puncto „Wahrheitstreue" sehr mit Vorsicht zu genießen sind.

Damit nur niemand auf die Idee kommt, die vom Haushaltsausschuß genannten Zahlen würden nicht stimmen, sei auf die Darstellung der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl hingewiesen, die im Februar 85 folgende Zahlen veröffentlichte:

1. Gesamter Beihilferahmen der Bundesregierung — genehmigt von der EG-Kommission 1983 — 9,89 Milliarden DM.

2. Bis zum 15.10.84 freigegebener Beihilfen (gezahlt) für die BRD: 6,79 Milliarden DM.

3. Noch zu vergebender Betrag: 3,10 Milliarden DM.

Sieht man sich die genannten Zahlen des Haushaltsausschusses an — rund 3 Milliarden DM — und zieht man auch noch die Summen für Arbed mit in Betracht, verbleiben darüber hinaus noch Millionen-Summen, die an die Konzerne schon vergeben wurden, bzw. noch vergeben werden können.

Interessant ist übrigens in diesem Zusammenhang, daß von den Bonner Ministerien keine Angaben darüber zu erhalten sind, welche Summen nun im einzelnen an wen gezahlt wurden — eventuell mit welchen Auflagen. Das fällt unter die Sparte „Betriebsgeheimnis".

Ein zweiter wichtiger Bereich, der sich bei der Betrachtung der Bilanzen ergibt, ist das Verhältnis von Abschreibungen zu Investitionen. Die Zahlen sind in Tabelle 2 zusammengestellt. stellt.

In allen Fällen — mit Ausnahme von Hoesch — liegen die Abschreibungen z.T. weit über den Investitionen.



Empörte Wuppermann-Kollegen protestieren beim nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Jochimsen gegen die Stillegung

Jahr	Nation D	F	I	GB	EG (9)
1974[1]	232,0	157,8	95,7	194,4	795,7
1977[1]	209,5	143,0	96,6	177,0	719,7
1978[1]	202,8	131,6	95,6	165,4	685,5
1979[1]	204,8	120,6	98,7	156,6	670,2
1980[1]	197,4	104,9	99,6	112,1	597,8
1981[1]	186,7	97,3	95,7	88,2	548,6
1982[1]	175,9	95,2	91,5	74,5	513,6
1983[1]	163,7	90,7	87,1	63,7	479,2
1983[2]	166,6	93,2	90,7	66,5	491,5
1984[2]	154,3	86,3	85,4	61,6	460,2

[1]) Ende des Jahres [2]) Ende Juli

Tabelle 1: Beschäftigte der Stahlindustrie in 1000



	Abschreibungen in Millionen DM	Investitionen in Millionen DM	Saldo in Millionen DM
Thyssen (Konzern)	1120	986	134
Hoesch	349	588	−239
P + S	211	145	66
Klöckner	586	224	362
Krupp	411	165	246

Tabelle 2: Verhältnis Abschreibungen/Investitionen in der Stahlindustrie

Dies bedeutet zum einen ein Nachvollziehen, auch geldlich, der Stillegung von Produktionsanlagen — also Kapitalvernichtung.

Dies bedeutet zum anderen, daß die Investitionen sich auf relativ niedrigem Niveau bewegen. Es sind in erster Linie Instandhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen, die z.B. die Einführung neuer Rechnersysteme u.ä. beinhalten.

Hoesch ist insofern ein Ausnahmefall, als zum einen hier ein tatsächliches Neubau-Investitionsprogramm großen Umfangs durchgezogen wird, zum anderen die Kapitalvernichtung schon in der Vergangenheit schneller und in größerem Umfang als bei den anderen Stahlkonzernen durchgeführt wurde.

Dies drückt sich auch darin aus, daß der Fremdschuldenstand bei Hoesch der niedrigste in der gesamten Eisen- und Stahlindustrie ist und damit auch die Zinsleistungen an die Banken enorm gesunken sind.

Allerdings ist mittlerweile auch bei den anderen Stahlkonzernen durch die Verflüssigung von Kapital, durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen viel Fremdkapital zurückgezahlt worden.

Welchen enormen Umfang nach wie vor die Arbeitsplatzvernichtung hat, trotz eines „guten Schuljahres", trotz guter Konkurrenzposition, zeigt die Darstellung der Belegschaftsentwicklung.

Abbau im letzten Geschäftsjahr:

Thyssen (Stahl) —4893 = —7 %; Hoesch —1800 = —5,1 %; P + S —1597 = 10,4 %; Klöckner —1425 = —9 %; Krupp —818 = —2,8 %.

Allein diese fünf Großkonzerne haben also 10500 Arbeitsplätze vernichtet, wegen der Folgewirkungen auf andere Wirtschaftszweige sind damit allein über 30000 abhängig Beschäftigte mehr arbeitslos geworden.

Die Ergebnisse aller Stahlkonzerne — mit Ausnahme P + S — sind in ihren Bilanzen positiv. Thyssen: 181 Millionen DM; Hoesch: 94 Millionen DM; P + S: — 144 Millionen DM; Klöckner 5 Millionen DM; Krupp: 21 Millionen DM.

Das negative Ergebnis bei P + S ist absolut gewollt. Hintergrund ist, daß bis zum letzten Geschäftsjahr ein Gewinn- und Verlustübernahmevertrag mit der Mutter — Salzgitter AG — bestand, so daß diese jegliche Verluste ausgleichen mußte. Dies hinderte daran, bestehende verdeckte Reserven aufzudekken. Deshalb wurde in einer Nacht- und Nebelaktion durch den Eigner, die Bundesregierung, dieser Vertrag gekündigt, um P + S zur Aufdeckung der stillen Reserven zu zwingen und gleichzeitig durch die Wirkung der „roten Zahlen" Druck auf die Belegschaft zu machen, weitere Abbau- und Rationalisierungskonzepte zu schlucken.

Soweit einige Anmerkungen zu den jetzt vorliegenden 84er Bilanzen der fünf großen Stahlkonzerne.

Über die Bilanztricks von Klöckner insbesondere wäre noch einiges mehr zu schreiben, dazu ist aber unser Platz zu beschränkt. Um aber dennoch einen Einblick zu geben, sei auf einen Punkt verwiesen: Allein durch die Verlängerung der Abschreibungsfristen für einen Hochofen verbesserte man das ausgewiesene Ergebnis um Millionen Mark.

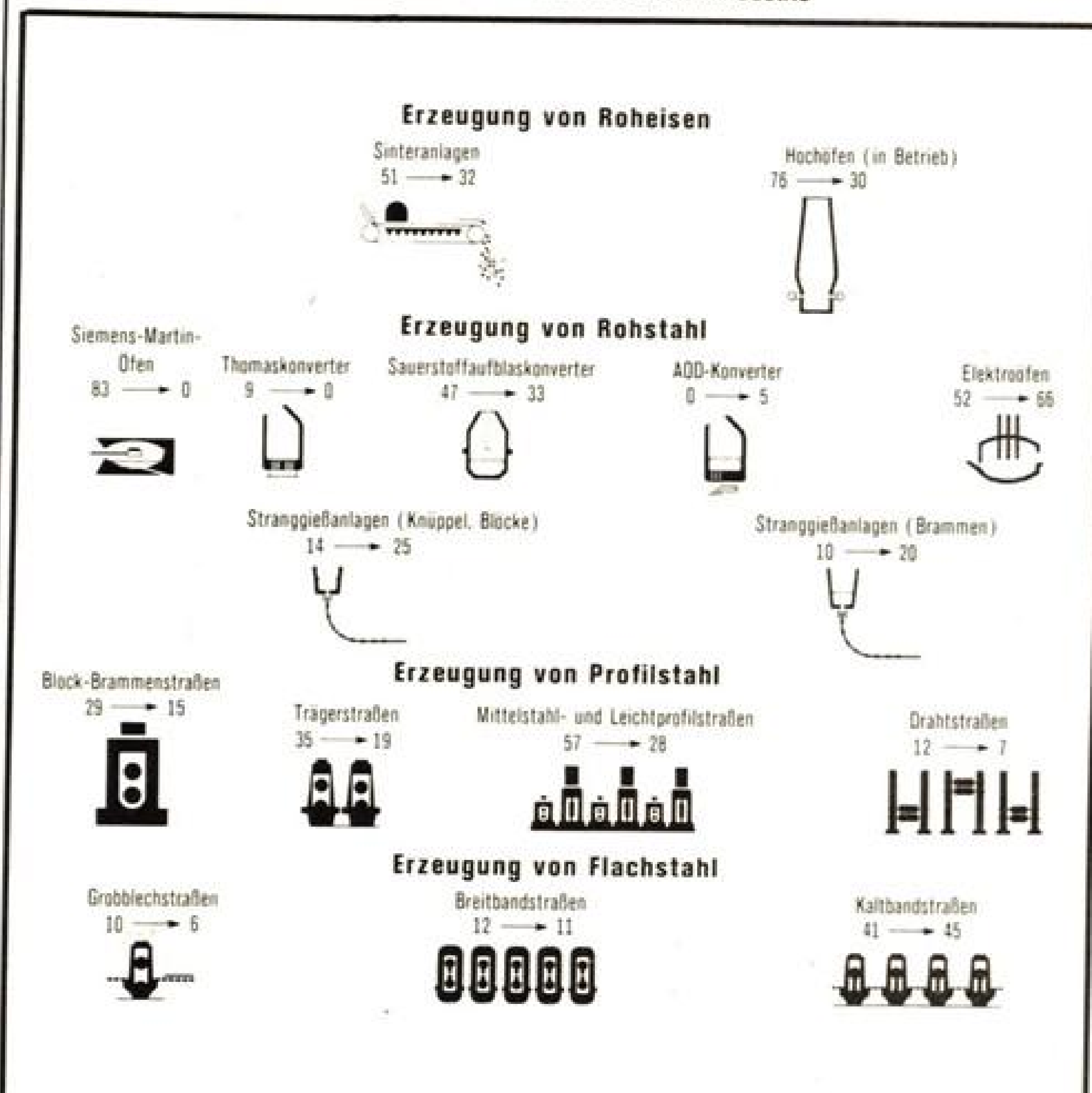


Bild 1: Anpassung der Anlagenstruktur an veränderte Marktbedingungen 1974—1983

KPD in Hamburg fordert:

Wahlrecht für Ausländer bei der Bürgerschaftswahl 1986

6 von 7 Bezirksversammlungen für Ausländerwahlrecht

Im Herbst 1986 werden in Hamburg die nächsten Bürgerschaftswahlen stattfinden. Die KPD in Hamburg will erreichen, daß endlich auch Ausländer an den Wahlen teilnehmen können. Erste Aktivitäten: eine Veranstaltung Anfang Juni und ein Flugblatt in deutscher und türkischer Sprache, das wir im folgenden dokumentieren.

Ende 1986 finden in Hamburg die nächsten Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen statt.

Wie es heißt, sollen Frauen **nicht** wählen dürfen. Jedenfalls wenn es nach der „Logik" einiger maßgebender Kreise geht. Sie behaupten nämlich, wer nicht alle Pflichten (z.B. Wehrpflicht) in diesem Staat erfülle, dürfe auch nicht alle Rechte (z.B. das **Wahlrecht**) haben.

Das gibt's doch nicht? Na ja, soweit es die Frauen betrifft, war es eine Falschmeldung. Man stelle sich einmal vor, was für ein — berechtigter Proteststurm losbrechen würde, wollte man so dieses grundlegende demokratische Recht abschaffen. Im übrigen, dieses Recht ist von den Frauen erst in diesem Jahrhundert mühsam erkämpft worden; vorher galten sie politisch „natürlicherweise" als Menschen zweiter Klasse.

Und doch ist es Realität, daß 10 Prozent der erwachsenen Hamburger Bevölkerung — im wesentlichen mit dieser „Begründung" — das Wahlrecht verweigert wird. Sie wohnen und arbeiten hier, sie zahlen Steuern und Versicherungsbeiträge, sie sind den Gesetzen unterworfen wie jeder andere Hamburger auch. Alle Entscheidungen, die im Hamburger Rathaus oder den Bezirksämtern gefällt werden, betreffen sie allgemein im gleichen Maße wir andere Bürger.

Der Unterschied: sie unterliegen nicht der Wehrpflicht in der BRD, sie haben keinen westdeutschen Paß und sie sind einem besonderen Gesetz unterworfen, dem **Ausländergesetz.** Die meisten von ihnen sind vor mehr als 10 Jahren in die BRD gekommen. Viele ihrer Kinder sind hier geboren und aufgewachsen; sie kennen ihre „Heimatländer" nicht oder nur vom Urlaub. Die weitaus überwiegende Zahl der Ausländer in Hamburg sind Arbeitsimmigranten, Einwanderer aus Arbeitsgründen. Die meisten von ihnen waren von den westdeutschen Konzernen in ihren Heimatländern angeworben worden. Mehr als 3/4 der Beschäftigten von ihnen sind Arbeiter/innen. Wie die meisten von uns gehören sie nicht zu den Leuten, die es sich leisten können, in Blankenese, Volksdorf oder auf dem Land zu wohnen.

Ob es jemandem paßt oder nicht: die BRD ist ein **Einwanderungsland.** Die Einwanderer haben hier ihren Lebensschwerpunkt, viele wollen oder können die BRD in überschaubarer Zeit nicht verlassen.

Die Kommunalwahlen finden nicht statt für 36521 ausländische Mitbürger in Dortmund. Wir fordern: Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Umweltzerstörung, Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau, Stadtteilsanierung — das sind die Themen, die bei der Wahl 1986 ganz obenan stehen werden.

Wenn unseren ausländischen Mitbürgern das **Wahlrecht** verweigert wird, dann heißt das

• daß über 20 Prozent der Bevölkerung aus Wilhelmsburg und Veddel **nicht** wählen dürfen, d.h. aus den Stadtteilen, die am schwersten von der rücksichtslos zum Wohle des Profits einiger Unternehmen geduldeten Umweltzerstörung betroffen sind;

• daß zwischen 40 und 20 Prozent der Bevölkerung aus St. Pauli, St. Georg oder Ottensen nicht wählen dürfen. Das sind die Sadtteile, in denen am meisten preiswerter Wohnraum durch profitorientierte Stadtteilsanierung zerstört wird;

• daß weit über 20 Prozent der Kolleginnen und Kollegen der Groß- und Werftindustrie nicht wählen dürfen. Das sind die Bereiche mit der größten Arbeitsplatzvernichtung durch kapitalistische Profitsanierung und Rationalisierung;

• daß ungefähr 20 Prozent der vom Sozialabbau am stärksten betroffenen Hamburger nicht wählen dürfen.

Es sind hauptsächlich Arbeiterstimmen, die unter den Tisch fallen. Es ist Spaltung der Arbeiterklasse, wenn ausländische Kollegen und Nachbarn politisch rechtlos sind, weil auch ihre Stimmen zum Widerstand gegen Umweltzerstörung, gegen Wohnraumvernichtung, gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau gebraucht werden.

Sicher, in einem Land, wo ein Flick sich die Regierungen kaufen kann, werden die Forderungen und Belange der Werktätigen allein durch das Kreuz auf dem Wahlzettel nicht gesichert. Wahlrecht muß mehr bedeuten: das Recht, sich politisch frei zu betätigen und zu organisieren, sich für seine Forderungen und Interessen einsetzen zu können.

Das wird den Einwanderern durch das Ausländergesetz verwehrt. Je mehr die Krisenentwicklung in der BRD einen gemeinsamen Widerstand der Arbeiterklasse, der deutschen und ausländischen Arbeiter gegen die Politik im Interesse der Kapitalisten notwendig macht, desto stärker können die Herrschenden das Ausländergesetz mit seinen Willkürparagraphen zur Spaltung dieses Widerstandes nutzen; denn: Ausländer dürfen sich politisch nur betätigen, solange nicht „erhebliche Belange der BRD" dagegen stehen.

Politische und rechtliche Gleichstellung für Deutsche und Ausländer ist in dem Einwanderungsland BRD eine lebensnotwendige Forderung für die Arbeiterbewegung.

Das kommunale Wahlrecht für Ausländer ist nur ein erster Schritt dahin — aber ein wichtiger erster Schritt, denn es beinhaltet die Anerkennung, daß sich Ausländer uneingeschränkt politisch betätigen können.

Die Forderung **Kommunales Wahlrecht für Ausländer** ist bis zu den Bürgerschaftswahlen realisierbar. Nicht nur weil sich verschiedenste Initiativen und Organisationen, kirchliche und gewerkschaftliche Gremien dafür ausgesprochen haben. **Kommunales Wahlrecht für Ausländer** — dafür bedarf es in Hamburg nur einer einfachen Änderung des Gesetzes über die Wahl zu den Bezirksversammlungen. Allein die Stimmen der SPD in der Bürgerschaft genügten schon. Die GAL ist ohnehin dafür.

Obwohl sich bislang schon 6 von 7 Bezirksversammlungen (mit SPD-Stimmen) für ein solches Gesetz ausgesprochen haben, blockt der Hamburger SPD-Senat ab. Wo eine klare politische Entscheidung verlangt wird, schiebt er verfassungsrechtliche Bedenken vor, die andere haben könnten.

Wer es ernst meint mit Integration und darunter nicht Anpassung sondern gleichberechtigtes Zusammenleben versteht, der muß die politische Gleichberechtigung an den Anfang stellen. Wer politische Rechte als „Gnadenakt" für angepaßtes Wohlverhalten bieten will, zeigt, wie wenig ihm die Rechte anderer wert sind.

Wir sind gefordert, Druck zu machen! Wer es zuläßt, daß ein Teil der Arbeiterklasse, ein Teil der Bevölkerung rechtlos ist, der nimmt seine eigene Entrechtung in Kauf.

Metaller für FAP-Verbot

DORTMUND. — Die Vertreterversammlung der IG Metall in Dortmund forderte Anfang Juni „in der Bundesrepublik Deutschland allgemein sowie in NRW im besonderen ein Verbot der FAP". Die Vertreterversammlung forderte den Landesbezirk der IG Metall auf, in diesem Sinne tätig zu werden und wandte sich auch an die örtlichen Behörden.

Die FAP, die Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS/NA des Michael Kühnen, hatte bei den Landtagswahlen in NRW in mehreren Städten kandidiert. Versuche von Antifaschisten, eine Wahlzulassung der FAP zu verhindern, waren erfolglos geblieben.

Es wäre zu wünschen, daß auch andere gewerkschaftliche Gremien den Kampf für ein Verbot der FAP aufnehmen. Denn immerhin betrifft die extreme ausländerfeindliche Hetze der FAP einen nicht unerheblichen Teil der Gewerkschaftsmitglieder — die ausländischen Kollegen nämlich.

Freiheit, die sie meinen

Mit der Gesamtschullehrerin Dagmar Lembeck erhielt jetzt zum dritten Mal jemand Berufsverbot wegen der Kandidatur für die DKP bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen im Jahre 1981. Dieser Fall erregte u.a. deshalb besonderes Aufsehen, weil kein Geringerer als der sozialdemokratische Herausfoderer von Ernst Albrecht, Gerhard Schörder, Dagmar Lembeck verteidigte.

Diese erneute politische Entlassung wurde von dem schon berüchtigten Richter Otto Groschupf ausschließlich mit dem Programm der DKP begründet. Das dienstliche Verhalten von Dagmar Lembeck spielte keinerlei Rolle in dem Verfahren.

Für Dagmar Lembeck und die anderen vom Berufsverbot bedrohten Lehrerinnen und Lehrer hatte es damals keinerlei Hinweis gegeben, daß eine Kandidatur für die DKP ein Disziplinarverfahren nach sich ziehen könnte. Im Gegenteil. Sie waren bis zur Kommunalwahl nicht anders behandelt worden als Kandidaten für andere Parteien auch. Erst einige Zeit nach der Wahl war allen 21 Kandidaten dann die Ankündigung zu einem Berufsverbotsverfahren ins Haus geflattert.

Richter Groschupf übte angesichts dieser Tatsachen notgedrungen Kritik an der Landesregierung, die die Lehrerinnen und Lehrer nicht vor der Wahl gewarnt hatte. Einen Verbotsirrtum seitens der Angeklagten wollte er aber trotzdem nicht gelten lassen. Schließlich, so der Richter, hätte Frau Lembeck ja vor ihrer Kandidatur bei der vorgesetzten Behörde nachfragen können...

Ganz anders sieht die niedersächsische Landesregierung die Dinge in einem anderen Fall. Da gibt es nämlich an der Universität Osnabrück/Vechta den Professor Robert Hepp. Er veröffentlichte kürzlich in einer Broschüre des „Schutzbundes für das deutsche Volk" einen Artikel mit dem Titel „Das deutsche Volk in der Todesspirale". Dort und in anderen Veröffentlichungen klagt der Professor über die „Unterfruchtigkeit" deutscher Ehen, über mangelhafte „Fortpflanzungsleistungen" deutscher Mütter; dort hetzt er gegen „unfruchtbare Emanzen", gegen die „Überschwemmung" und „Unterwanderung" der Bundesrepublik durch Ausländer; dort definiert er das Volk als „biologische Art- und Fortpflanzungsgemeinschaft" usw. usf.

137 Wissenschaftler der Universität, darunter 78 Professoren, haben jetzt gegen diesen Faschisten protestiert.

Die Landesregierung Niedersachsen allerdings sieht keinen Anlaß, in irgendeiner Weise tätig zu werden. Hepps Äußerungen, so das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, seien durch die Wissenschaftsfreiheit gedeckt.

Na bitte, es gibt sie also doch, die politische Meinungsfreiheit in Niedersachsen. Vorausgesetzt, man hat die rechte Gesinnung, versteht sich.



Bonn auf der Anklagebank

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat jetzt beschlossen, gegen die Bundesrepublik eine formelle Untersuchung einzuleiten. Ein solches Untersuchungsverfahren gehört zu den härtesten Maßnahmen, die der ILO zur Verfügung stehen.

Eingeleitet wird das Untersuchungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Übereinkommen Nr. 111 der ILO. In diesem Übereinkommen, das die BRD 1961 ratifiziert hat, werden Diskriminierung u.a. aus politischen Gründen im Arbeitsleben verboten.

Beantragt worden war das Verfahren vom Weltgewerkschaftsbund, der mehrere hundert Berufsverboteverfahren wegen Mitgliedschaft, Wahlkandidatur u.ä. in der DKP und anderen von der Bundesregierung als „verfassungsfeindlich" eingestuften Organisationen anführte. 79 Berufsverboteverfahren waren dokumentarisch belegt worden.

Es ist natürlich erfreulich, daß die ILO endlich, nach 13 Jahren Berufsverbotspraxis, etwas gegen die permanenten Verstoß gegen ihre Bestimmungen unternehmen will. Ob Bonn sich allerdings davon beeindrucken läßt, steht auf einem anderen Blatt.

Wir dokumentieren:

Vorschlag zur Weiterarbeit der Friedensbewegung

Strategiepapier der BUF

Wir dokumentieren auf dieser Seite ein Strategiepapier des Trägerkreises der Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF), das dem „Großen Ratschlag" der Friedensbewegung am 16./17.6. in Köln als Stellungnahme der unabhängigen Friedensbewegung vorgelegt wird. Am vergangenen Wochenende wurde das Papier mit leichten Veränderungen von einer BUF-Konferenz gebilligt. Die Veränderungen bezogen sich vor allem darauf, daß die Friedensbewegung auf die Ausnutzung innerimperialistischer Widersprüche keine allzu großen Hoffnungen setzen sollte. Von diesem Papier will BUF möglichst viel in den Strategieformulierungen der gesamten Friedensbewegung durchsetzen.

Eine Arbeitskonferenz Frieden der KPD (1.6. in Dortmund) hat das Papier ebenfalls diskutiert. Insgesamt halten wir das Papier für eine brauchbare und unterstützenswerte Grundlage für die weitere Diskussion in der Friedensbewegung, vor allem deshalb weil es den Friedenskampf gegen die verschiedenen Aspekte der NATO-Kriegsführungskonzeption (Konventionalisierung, Europäisierung, SDI, etc.) und auf die Zersetzung der NATO orientiert. Über die in dem Papier festgelegten im BUF konsensfähigen Vorstellungen über die NATO hinaus werden wir aber weiterhin die einzig logische Schlußfolgerung: BRD raus aus der NATO in der friedenspolitischen Diskussion vertreten.

Kritik am Papier haben wir im wesentlichen in zwei Punkten: So richtig es ist, darauf hinzuweisen, daß Rüstung heute schon tötet und zum Widerstand gegen Interventionskriege in Ländern der sogenannten 3. Welt aufzurufen, so politisch unsinnig finden wir es, die persönliche unmittelbare Betroffenheit der Menschen in der BRD durch die Kriegsvorbereitungen als schnöden „Euro-Zentrismus" abzutun. Der gleichen politischen Haltung entspringt wohl auch, daß in dem Papier der gesamte Bereich „Rüstung und Sozialabbau" so gut wie gar nicht vorkommt. Das Engagement auf diesem Feld drängt sich aber nicht nur jedem auf, der für Arbeiterinteressen streitet, sondern ist auch unabdingbar, um Friedens- und Arbeiterbewegung im Kampf gegen die imperialistische Aufrüstung zusammenzuführen.

Gegen Kriegsvorbereitung & Intervention — Für einseitige Abrüstung & Entmilitarisierung

Perspektiven für die Weiterarbeit der Friedensbewegung

Auch wenn wir — die Friedensbewegung — an Stärke und Mobilisierungsfähigkeit nachgelassen haben, haben wir mit dem Friedensherbst 84, bei den Ostermärschen und bei den Aktionen gegen den „Weltwirtschaftsgipfel" gezeigt, daß wir noch da und handlungsfähig sind.

Es gilt nun, beim Großen Ratschlag der Friedensbewegung (16./17. Juni in Köln) über die weitere Handlungsperspektive der Friedensbewegung zu beraten und möglichst einen Orientierungsrahmen festzulegen.

Die folgenden Gedanken und Vorschläge sind als ein erster Entwurf zu werten. Sie sind vor dem Hintergrund einiger Diskussionen im Zusammenhang der „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen" (BUF) entstanden und geben noch keinen endgültigen Diskussionsstand wieder.

Gegen Kriegsvorbereitung und Intervention

In der Friedensbewegung herrscht weitgehender Konsens darüber, daß die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles die Kriegsgefahr erhöhen. Diese Mittelstreckenraketen sind aber nur eines der zentralen Elemente einer umfassenden **Kriegsvorbereitung** von Seiten der USA und der übrigen NATO-Staaten — insbesondere der BRD. „AirLand-Battle", „AirLand-Battle 2000", „FOFA" (follow-on-forces-attac/Rogers-Plan) und Bundeswehrplan sind hier nur einige Stichworte, die inzwischen zum Sprachgebrauch der Friedensbewegung gehören. Das Weltraum-Kriegsprogramm (SDI), das wesentlich zur Festigung der ökonomischen Vormachtstellung der USA dient, ist auch als eine langfristige Kriegsvorbereitung einzustufen.

Richtet sich die Kriegsvorbereitung der NATO-Staaten in ihrer Polemik und öffentlichen Begründung hauptsächlich gegen den Osten bzw. den Warschauer Pakt, so dient sie schon heute der militärischen Absicherung der kapitalistischen Interessen in den Ländern der sogen. dritten Welt. Daß die BRD an diesen Interventionsvorbereitungen bzw. ihrer Durchführung mehr oder weniger direkt beteiligt ist, ist zumindest in Teilen der Friedensbewegung bekannt. „War-time-host-nation-support" (WHNS), Munitions- und Rüstungsdrehscheiben (etwa für den Interventionsfall) wie Frankfurt/Main air base und Bremerhaven/Nordenham sind dazu nur einige Stichworte.

Wir dürfen nicht dabei stehen bleiben, die drohende **Atom**kriegsgefahr für **Europa** zu beschwören. Zum einen droht immer klarer auch ein **konventionelle** Krieg und andererseits sollte endlich der Eurozentrismus aufgegeben werden, denn: „Rüstung tötet schon im Frieden" und dies vor allem außerhalb Europas etwa durch Interventionskriege.

Für einseitige Abrüstung und Entmilitarisierung

Wir dürfen nicht auf die Rüstungsverhandlungen in Genf vertrauen. Der beste Druck in Richtung Abrüstung — und damit auch auf solche Verhandlungen — entsteht, wenn die Friedensbewegung um einen unmittelbaren Einfluß auf Abrüstung und Entmilitarisierung kämpft. Die Forderungen müssen auf einseitige Abrüstungsschritte ohne Vorbedingungen orientiert sein.

Wenn die Friedensbewegung ernsthaft Abrüstung und Entmilitarisierung erkämpfen will, muß sie sich um die (Weiter)-Entwicklung von Konzepten der nichtmilitärischen Absicherung der errungenen Fortschritte kümmern.

Zuspitzung auf die NATO

Die NATO ist für die westlichen kapitalistischen Länder das zentrale Instrument zur koordinierten Kriegsvorbereitung und -durchführung. Die Mittelstreckenraketenstationierung ist einem NATO-Rüstungsbeschluß zu „verdanken". Das offensive Kriegsführungskonzept AirLand-Battle ist mit FOFA und Bundeswehrplan in der NATO bzw. der BRD in den wesentlichen Ansätzen durchgesetzt. Die NATO ist ein offensives Kriegsführungsbündnis gen Osten und letztendlich auch zur Absicherung von Interventionen. Es gibt **keinen Frieden mit der NATO!**

Die Interessen in den einzelnen NATO-Ländern sind nicht einheitlich. Es zeigen sich immer offener Widersprüche und Risse. Die Planungen um das Weltraum-Kriegskonzept scheinen einige Widersprüche zu verschärfen. In der öffentlichen Wahrnehmung wird das Vorgehen des NATO-Führers USA vermehrt problematisiert. Die Herrschenden in Europa denken diesbezüglich an eine Europäisierung der NATO durch eine Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU). Für die Friedensbewegung gilt es, die **Widersprüche in der NATO** zu **verstärken** und dabei eine **Europäisierung der NATO** zu **verhindern.**

BRD RAUS AUS DER NATO KPD

Aktion der KPD

Wir müssen uns in unseren zukünftigen Aktivitäten und Kampagnen auf die NATO und deren Zersetzung konzentrieren.

Forderungen

In kurz- und mittelfristigen Forderungen formuliert heißt dies für die Friedensbewegung:

- Sofortiger Stopp und restlose Rücknahme der PII- und CM-Stationierung;
- Sofortige Rücknahme des Bundeswehrplans;
- Keinerlei bundesrepublikanische Beteiligung am Weltraum-Kriegsprogramm (SDI)
- Keine Pressionen von Seiten der Bundesregierung gegenüber kritischen NATO-Mitgliedern;
- Keine Belebung der WEU sondern Auflösung der WEU;
- Stopp und Reduzierung des Rüstungshaushaltes;
- Abbau offensivfähiger Waffensysteme.

Aktionen und Kampagnen

Wir dürfen keinesfalls unseren bisher entwickelten Aktionsrahmen reduzieren. **Protest** wird auch weiterhin durch Massendemonstrationen, Unterschriftenaktionen, Appelle und ähnliche Aktivitäten an die Öffentlichkeit getragen werden. Unseren **Willen**, dem herrschenden Militärsystem **zu widerstehen** und unmittelbaren **Druck auszuüben**, werden wir durch Aktionen zivilen Ungehorsams, durch Blockaden und Behinderungsaktionen, durch Verweigerung von Diensten und Steuern u.ä.m. dokumentieren.

Anläßlich der NATO-Geburtstagsfeierlichkeiten im Herbst sollte die Friedensbewegung eine **langfristige Kampagne gegen die NATO** beginnen. Ein geeigneter Auftakt dazu könnte ein Anti-NATO-Kongreß Ende '85 sein.

Auf die Parteien muß langfristig noch mehr Druck ausgeübt werden, ohne daß wir unsere Hoffnungen und unsere Handlungsbereitschaft an sie abgeben. Wir müssen deshalb eine Handlungsperspektive entwickeln, die wesentlich über die Bundestagswahl 87 hinausgeht.

Aktionsfahrplan bis Ende 1987

- Spätsommer/Frühherbst 85: 30-Jahrfeiern der NATO. Ihnen sollte öffentlicher Protest entgegengehalten werden.
- 14. Sept. 85: (Von den Grünen initiierter) Kongreß „Kommunale Friedenspolitik". Hier könnte die Kampagne „Manöverfreie Zonen" initiiert werden mit der mittelfristigen Perspektive Manöverbehinderung.
- Ende 85: Cruise-Missile-Stationierung im Hunsrück. Der Protest und Widerstand hiergegen sollte von vornherein regional initiiert und organisiert werden (dies schließt keinesfalls eine bundesweite Unterstützung aus).
- Ostern 86: Nicht nur Ostermärsche, sondern verstärkt auch **Aktionen des zivilen Ungehorsams** an militärischen Standorten und NATO-Einrichtungen. Spätestens mit den Osteraktivitäten sollte eine verstärkte Debatte um die NATO und entsprechende weitere Öffentlichkeitsaktionen begonnen werden. Ebenfalls müßte mit der Informations- und Vorbereitungsarbeit bzgl. der für Anfang 1987 anvisierten WINTEX/CIMEX 87-Behinderungsaktionen begonnen werden.
- Sommer 86: Beispielhafte Aktionen (zivilen Ungehorsams) an militärischen Standorten und NATO-Einrichtungen.
- Herbst 86: Großaktionen und -aktionen mit Anti-NATO-Orientierung u.a. im Hinblick auf klare Positionsbestimmung der Parteien, verbunden mit Aktionen zivilen Ungehorsams.
- Anfang 87: Bundesweit Aktionen gegen das Manöver zur zivil-militärischen Zusammenarbeit in der NATO: WINTEX/CIMEX
- Ostern 87: Wiederum Osteraktivitäten mit Aktionen zivilen Ungehorsams an militärischen bzw. NATO-Einrichtungen als wesentliches Element. Beginn der Information und Vorbereitung auf die Behinderung der NATO-Herbstmanöver (sofern die Kampagne „Manöverfreie Zonen" genügend weit gegriffen hat).
- Herbst 87: Manöverbehinderung und Massenaktionen.

In diesem „Fahrplan" bisher noch nicht eingearbeitet sind die laufenden bzw. noch anvisierten Verweigerungsaktionen, die Munitionszug-Blockaden im Norden, die Aktivitäten am Stationierungsort Hunsrück ... und selbstverständlich die vielen notwendigen lokalen und regionalen Öffentlichkeitsveranstaltungen und -aktionen.

Dieter Schöfmann, Koord. Ziviler Ungehorsam/Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen, Kassel, 16. Mai 1985

Urteil gegen SS-Siggi

Alles im Lot?

Zwei Tage nach dem Blutbad von Brüssel stand in Dortmund der Anführer der „Borussenfront", Siegfried Borchert, genannt SS-Siggi" vor Gericht. Pech für „SS-Siggi". Den Brüssel war mit Sicherheit der Hauptgrund dafür, daß das Gericht über den Strafantrag des Staatsanwalts auf 8 Monate Gefängnis hinausging und SS-Siggi wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Jahr Gefängnis verurteilte.

SS-Siggi und andere Anhänger der „Borussenfront" hatten nach einem Fußballspiel am 20.8.83 zunächst ein türkisches Vereinslokal überfallen und dann andere türkische Anwohner terrorisiert. So bedrohten sie u.a. eine türkische Familie, die mit zwei Kleinkindern in einem Auto saß unter ständigem Gegröhl: „Türken ab nach Ankara, hurra, hurra, hurra!"

Bei der Urteilsverkündung in Dortmund erschien SS-Siggi in Uniform und mit Unterstützung zahlreicher Anhänger, die den Saal mit dem Hitler-Gruß verließen.

Für SS-Siggi war dies nicht die erste Verurteilung. Es gab bereits zahlreiche Strafen, darunter auch Gefängnisstrafen. Die meisten allerdings noch nicht rechtskräftig. Es wird also irgendwann eine Gesamtstrafe geben. Aber egal, wie hoch sie letztlich auch ausfallen wird, sie kann kaum eine Wirkung haben.

Denn was kann sie nützen, wenn die faschistische FAP gleichzeitig zur Landtagswahl in NRW kandidieren kann — mit dem Spitzenkandidaten SS-Siggi? Was kann sie nützen, wenn gleichzeitig nichts gegen die „Borussenfront" unternommen wird, sondern stattdessen in den Dortmunder Lokalzeitungen immer wieder, zuletzt einen Tag nach Brüssel und einen Tag vor dem Prozeß gegen SS-Siggi, behauptet wird, daß es sie gar nicht mehr gibt? Was schließlich kann sie nützen, wenn der Bundesgerichtshof SS-Siggi und seinesgleichen politische Rückendeckung gibt, indem er die Hetzparole „Türken raus" zur normalen Meinungsäußerung erklärt?

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Verurteilungen wie in Dortmund sind notwendig. Aber es ist ein Irrtum zu glauben, die Verurteilung einzelner könne den Neonazis zeigen, „wo die Grenzen sind" (Urteilsbegründung von Dortmund). Das kann nur durch einen politischen Maßnahmenkatalog gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit geschehen, der auch Verbote umfassen muß. Zu einer solchen eindeutigen politischen Absage an den Neonazismus und zu einer Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen ihn sind die Politiker aber nicht bereit. Auch nicht im sozialdemokratischen Nordrhein-Westfalen.

Der Krieg im Libanon

Kein Ende des Terrors gegen Palästinenser

Seit Wochen geht jetzt der neuerliche Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser, die im Libanon leben, unvermindert weiter. Nachdem das Lager Sabra, in dem tausende der heimatlosen Palästinenser lebten, praktisch dem Erdboden gleichgemacht wurde, intensivieren die Feinde der Palästinenser und der PLO ihre Anstrengungen für eine „Endlösung".

Die israelische Armee, die nach ihrem teilweisen Rückzug die „Südlibanesische Armee" SLA, in den ehemals besetzten Gebieten hinterlassen hat, kann sich ins Fäustchen lachen. So gut wie sie selbst und die SLA geht auch die schiitische Amal-Miliz gegen die Palästinenserlager vor. Die rivalisierenden Parteien, die proisraelischen Kräfte und die prosyrischen Amal-Milizen sind sich aber nur in ihrer Feindschaft gegen die Palästinenser und hier besonders der Befreiungsbewegung PLO einig. Ansonsten bekriegen sie sich im Kampf um die Vorherrschaft im Libanon. Als die schiitische Amal-Milizen in der letzten Zeit Gefangene der südlibanesischen Armee nahmen, reagierte diese mit Geiselnahme von UNO-Soldaten. Elf finnische Soldaten der „UN-Friedenstruppe" wurden gefangengenommen, zusätzlich noch ein französischer Offizier, der zu Verhandlungen über die Freilassung der Finnen zu den Einheiten der südlibanesischen Armee gekommen war. Wie das „Herr-Knecht"-Verhältnis in Zusammenhang mit der SLA aussieht, macht folgende Meldung deutlich. Israelische Armeestellen übernahmen die Garantie für die Sicherheit der finnischen Soldaten. Ganz deutlich wird hier, wer das Oberkommando über die südlibanesischen Streitkräfte hat. Der Kommandeur der südlibanesischen Streitkräfte hat dann auch folgerichtig von Israel aus die Freilassung von drei Geiseln bekanntgegeben, die dann nur knapp von der israelisch-libanesischen Grenze aufgefunden wurden.

Ähnlich diesem Verhältnis ist das zwischen den schiitischen Amal-Milizen und Syrien. Die Amal-Milizen machen exakt das, was der syrische Staatspräsident Assad in seiner langandauernden Feindschaft zu den Palästinensern und der PLO immer wieder fordert. Die Massaker an den Palästinensern liegen genau auf der Linie der Politik Syriens.

So verließ die syrische Delegation eine Tagung der Liga der Arabischen Staaten, als der PLO-Chef Arafat eine Untersuchung der Massaker der Amal-Milizen an den Palästinensern in den Lagern Beiruts forderte. Erst als Faruk Kaddumi, der Vorsitzende der Politischen Abteilung der PLO die Verhandlungen für die PLO weiterleitete waren die Syrer, die jegliche Untersuchung ablehnen, wieder dabei. Die libanesische Delegation bei der Liga der Arabischen Staaten erklärt das Schicksal der Palästinenser in den Lagern zu einer inneren Angelegenheit des Landes.



Krieg und Zerstörung — Alltag in Beirut

Die libanesische Regierung, die schon lange Spielball verschiedenster Fraktionen der Militärs des Landes ist, die einerseits den Israelis in die Hände spielen oder aber sich mit Syrien verbündet haben, wehrt sich vehement gegen die Entsendung einer Untersuchungskommission. Auf der anderen Seite aber sind die Libanesen nach letzten Meldungen mit den Syrern über die Aufstellung einer 5000 Mann starken Eingreiftruppe für die Hauptstadt Beirut einig geworden. Nach Angaben des libanesischen Kabinettsministers Haschem soll diese Truppe die „Sicherheit im Großraum Beirut" wiederherstellen. Wenn der Libanon demnächst auch noch syrische Soldaten in seiner Hauptstadt hat — Teile des Landes kontrollieren sie ja schon — dann wird das bestimmt kein Mehr an Sicherheit sein, sondern zu einer neuen Stufe des Terrors gegen die Palästinenser führen und zu verstärkten inneren Machtkämpfen in diesem krisengeschüttelten Land.

Belagerung der Flüchtlingslager Shatila und Bourj Al-Barajneh dauert an

Kommuniqué der PLO

Tunis, 6.6.1985 (Wafa) Die militärische Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager Shatila und Bourj Al Barajneh durch die libanesische Armee, die shiitischen AMAL-Milizen unter Beteiligung des syrischen Regimes wurde weiter verstärkt. Die Versorgung mit Medikamenten und Nahrungsmitteln ist unterbunden.

Der 19. Tag der Massaker, der Bombardierung und der lokalen Zerstörung zeigt, daß das Ziel dieser Angriffe die Auslöschung unseres Volkes im Libanon ist.

Im gesamten Stadtgebiet von Westbeirut wurden die Häuser von Palästinensern und die Unterkünfte von mehr als 2000 Familien, die aus Sabra und Shatila geflohen waren, von den syrischen Milizen gestürmt und durchsucht.

Im Südlibanon greifen die AMAL-Milizen die Flüchtlingslager an, führen Massenverhaftungen durch, exemplarische Bestrafungen und Folterungen. In den Lagern bei Tripoli und im Bekaa-Tal unternimmt das syrische Regime diese Terrorakte gegen unser Volk.

Hunderte von belagerten Familien in Shatila und Bourj Al-Barajneh leiden unter dem Mangel an Wasser, Nahrung und medizinischer Hilfe. Die AMAL-Milizen hindern das Internationale Komitee des Roten Kreuzes daran, den Verletzten Hilfe zuteil werden zu lassen oder sie zu evakuieren. Hunderte von Frauen und Kindern sind durch Krankheiten und Epidemien vom Tode bedroht.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation macht einmal mehr die libanesischen Behörden und die libanesische Armee sowie das Regime von Hafez al-Assad in vollem Umfang verantwortlich für die Auslöschung und die Massaker, die gegen unser palästinensisches Volk in den Ruinen seiner Flüchtlingslager durchgeführt werden.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation ruft die Welt und die arabische öffentliche Meinung, die arabische und internationalen humanitären und sozialen Organisationen dringend auf, sofort zu intervenieren, um das Leben tausender unschuldiger Menschen zu retten, die Belagerung zu brechen und die Toten zu bergen, die in den Ruinen liegen, sowie jene zu schützen, die vor dem Terror des religiösen Sektierertums geflohen sind.

In einem Militärkommuniqué teilt die Palästinensische Befreiungsorganisation mit, daß der Artillerie- und Raketenbeschuß der noch verteidigten Lager Shatila und Bourj Al Barajneh in den letzten Tagen intensiviert wurde. Ein Vorstoß der libanesischen Armee gegen das Lager Shatila sei von den Verteidigern zurückgeschlagen worden. Die Zahl der Gefallenen auf Seiten der AMAL-Milizen und der libanesischen Armee soll nach unbestätigten Berichten aus Beirut 4000 erreichen.

Trotz zahlreicher Interventionen, u. a. einer Delegation der iranischen Regierung ist ein Ende der Kämpfe nicht abzusehen.



Wandgemälde in Nicaragua — „Keine Yankie-Intervention"

US-Senat gegen Nicaragua

Reagans Ermächtigung für Nicaragua-Invasion

Die jüngsten Entscheidungen des US-Senats in Sachen Nicaragua sind eine Bestätigung für den aggressiven, imperialistischen Kurs des Ronald Reagan. Neue Millionen Dollar für die Contras und ein Freibrief für Ronald Reagan, jederzeit Kampftruppen in das freie mittelamerikanische Land zu schicken — das sind die wichtigsten Ergebnisse der Senatssitzungen in Washington der letzten Woche.

38 Millionen Dollar sind bewilligt worden für die direkte Unterstützung der rechten Contra-Einheiten, die Krieg gegen die sandinistische Regierung führen. Zwar sollen die Gelder „zweckgebunden für humanitäre und logistische Hilfe" verwendet werden, aber auch die ist nichts anderes als die Unterstützung des schon langandauernden Krieges gegen Nicaragua. Zusätzlich muß man bedenken, daß die vorhergehende Entscheidung des Senats, die Gelder vorerst nicht auszuzahlen, viele private, rechte Organisationen zu Sammelaktionen bewegt hat. Unter anderem hat eine reaktionäre Zeitung des Moon-Sektenchefs zu einer Spendensammlung für die Konterrevolutionäre aufgerufen, der sich sogar Leute wie die ehemalige US-UNO-Botschafterin und fanatische Antikommunistin Kirkpatrick angeschlossen haben. Mit der Bewilligung der Gelder durch den Senat und der breiten Kampagne der US-Reaktionäre kommt auf die Contras eine „Hilfs"-Welle nie dagewesenen Ausmaßes zu.

Zusammen mit dem von der Bundesrepublik aus verhängten Handelsembargo wird der Druck auf Nicaragua immer größer. Der „Sinneswandel" der US-Senatoren ist das Produkt einer langandauernden Hetzkampagne der Reagan-Regierung gegen die Sandinisten und die Revolution in Nicaragua. So ist, nach einer Meinungsumfrage der „New York Times", die Zahl der US-Bürger ständig im Wachsen, die einer Intervention in Nicaragua positiv gegenüberstehen. Damit fällt auch eine der Barrieren für die Senatoren der Demokratischen Partei, die lange gegen die aggressive Politik Reagans stimmten.

Erschreckend ist das Ergebnis über eine zweite Abstimmung im US-Senat. Der neuen Contra-Hilfe, die jetzt auch offiziell über CIA-Kanäle fließen kann — stimmten 55 Senatoren zu, 42 waren dagegen. Mit 18 gegen 31 Stimmen lehnten es die Senatoren ab, Reagan zu verbieten, ohne Zustimmung des Kongresses Kampftruppen nach Nicaragua zu entsenden. Und erinnert man sich an die Aussagen von Reagan und Shultz über die Notwendigkeit im „Falle eines Falles" auch in Nicaragua einzumarschieren, die „Nicaraguaner zu befreien", die „Freiheitskämpfer" — nämlich die Anhänger des alten Diktators Somoza „mit allen Mitteln" zu unterstützen, so kann man sich ausmalen, was ein solcher Freibrief bedeutet.

Auch wenn im Moment die Möglichkeit abwegig erscheint, daß bald US-Truppen in Nicaragua landen, von Seiten des US-Imperialismus und seiner Administration war die Hemmschwelle für eine „militärische Lösung" noch nie so niedrig wie jetzt. Die enorm hohe finanzielle Hilfe für die Contras, die Ermächtigung für Ronald Reagan für eine Invasion sind Alarmzeichen.

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega hat in einer ersten Stellungnahme die Beschlüsse des US-Senats eine Entscheidung für den Terrorismus und gegen eine friedliche Lösung der Probleme in Mittelamerika genannt. Auf einer Massenveranstaltung sagte Ortega, das Abstimmungsergebnis stelle einen Schlag ins Gesicht nicht nur der Nicaraguaner, sondern all jener Amerikaner dar, die mit der aggressiven Politik der Regierung Reagan nicht einverstanden seien. Und nicht nur der Nicaraguaner und der anderen Amerikaner möchten wir hinzufügen. Die Aggressionspolitik des US-Imperialismus muß auch in der Bundesrepublik auf heftigen Widerstand stoßen. Das ist eine Verpflichtung, das ist internationale Solidarität. — Hände weg von Nicaragua.

Der untenstehende Aufruf zu einer Aktionswoche gegen die blutigen Geschäfte der Kaffeekonzerne erreichte uns vom Dritte-Welt-Haus in Bremen. Der Aufruf wurde am 1./2. Juni verabschiedet. Demnächst wird noch eine Broschüre zur Kampagne erscheinen. Der Rote Morgen wird weiter darüber berichten. Kontaktadresse für die Kampagne ist das „Dritte-Welt-Haus e.V.", Buchtstraße 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: (0421) 326046)

Bundesweite Aktionswoche vom 14.-21. Oktober 1985

GEGEN DIE MACHT DER KAFFEEKONZERNE

Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen.

KAFFEE ist ein aufregendes Getränk: sei es beim ausgedehnten Kaffeeklatsch, beim Frühstücksschmaus, als stündlicher Muntermacher im Büro oder als schneller Kaffee zwischendurch bei Tchibo – fast jeder Bundesbürger »krönt seine schönsten Stunden« (Jacobs) täglich mit einer Tasse Kaffee und entrückt so dem tristen Alltag auf seine »Insel der Frische« (Tchibo).

KAFFEE läßt aber auch anderen den Puls höher schlagen: den Börsenspekulanten und Kaffeekonzernen, die am weltweiten jährlichen Kaffeeumsatz verdienen. Dabei wird nicht nur den Beschäftigten der Konzerne und den Konsumenten kräftig in die Tasche gelangt:

- Plantagenarbeiter in El Salvador oder Brasilien schuften sich buchstäblich zu Tode. Drei Monate Arbeit in der Ernte, und der Lohn reicht nicht zum Überleben der Familie.
- Rothfos (weltgrößter Rohkaffeehändler), Tchibo, Jacobs und wie sie alle heißen, schicken ihre Händler aus. Vom Bremer oder Hamburger Hafen transportieren sie den Rohkaffee nach Berlin, um ihn dort zu rösten. Das ist unsinnig, aber bringt wegen der Berlinförderung noch mehr Geld. Und für Geld gehen die Kaffeekonzerne über Leichen:
- Campesinos und Plantagenarbeiter wehren sich immer mehr gegen ihre Lage. Mit Terror und Gewalt versuchen die herrschenden Klassen in den Anbauländern jeden Widerstand zu brechen. 100000 Menschen des eigenen Volkes haben allein die Diktaturen El Salvadors und Guatemalas in den letzten Jahren umgebracht. Dafür dürfen sie mitverdienen am langen Weg des Kaffees auf unseren Frühstückstisch. Schließlich wollen sich die Konzerne die Finger nicht selbst schmutzig machen.
- Die sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua jagte am 10. Juli 1979 den Diktator Somoza weg. Seitdem versucht das Land einen eigenen Weg zu gehen: Die dortige Regierung stellt sich nicht mehr in den Dienst der ausländischen Multis und auch nicht der einheimischen Großgrundbesitzer. Offener Krieg und ein aggressives Handelsembargo sind die Antwort.

KAFFEE sollte deshalb wachmachen und anregen, über diese Verhältnisse nachzudenken und Konsequenzen zu ziehen. Da wir entsprechende Werbung von den Konzernen nicht verlangen können (etwa: Jacobs – die Krönung der Ausbeutung!) heißt unsere Antwort:

Kauft keinen Kaffee der Konzerne!

Unser Widerstand muß darüber hinausgehen, das Unrecht nur anzuklagen. Erschweren wir deshalb den Kaffee-Konzernen das Geschäft mit der Ausbeutung der Dritten Welt! Laßt uns alle Phantasie anstrengen, damit die Konzernetagen und ihre public-relations-Abteilungen unruhige Tage haben!

Koordinationsstelle: Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/760527
Koordinationsstelle Nord: Dritte-Welt-Haus, Buchtstraße 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/326046

Spendenkonten: Informationsstelle Guatemala e.V.,
Postgiroamt München Kto.-Nr. 20815 9-802
Stichwort: URNG-Volksorganisation
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Stadtsparkasse Wuppertal (BLZ 330 500 00)
Kto.-Nr. 963611 (Alle eingehenden Gelder gehen zur Hälfte an die FDR/FMLN und die FSLN.)

Kosova

Albaner verurteilt

Neun jugendliche Jugoslawen albanischer Nationalität sind in der Stadt Pec wegen „staatsfeindlicher Umtriebe" zu Haftstrafen zwischen drei und acht Jahren verurteilt worden. Die Verurteilten — sieben Mädchen und zwei Jungen hatten auf Flugblättern für die Bildung einer eigenen Republik in der Region Kosova geworben und — wie die Belgrader Zeitung „Politika" erwähnt, den albanischen Nationalfeiertag begangen. Offensichtlich ein sehr schweres Verbrechen, wenn man sich die extremen Strafen für die Jugendlichen anschaut.

Niederlande

Quittung für Papst-Empfang

Mindestens drei Jugendliche sind wegen ihrer Aktivitäten beim Papst-Besuch in den Niederlanden vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Zwei Jugendliche, die Polizisten, die den Papst abschirmten, mit Steinen beworfen haben sollen, erhielten je vier Monate auf Bewährung, ein 17jähriger sechs Wochen Freiheitsstrafe. Der unfreundlichste Empfang, den der reiselustige Papst je gehabt hat, wird den Initiatoren wohl nicht im christlichen Sinne vergeben!

Algerien

Unruhen

Im rund 600 Kilometer südlich von Algier gelegenen Bezirk Ghardaia ist es in der vergangenen Woche zu heftigen Demonstrationen gekommen. Anlaß war eine Landumverteilungsmaßnahme der Behörden. Wohlhabenden Bauern der Region wurde Land zugesprochen, das lange Zeit Arbeitern und Bauern gehörte. Die Demonstrationen konnten erst durch den Einsatz von „Sicherheitskräften", die extra entsandt wurden, eingedämmt werden. Während der Demonstrationen wurden auch Autos und Läden angegriffen, Dutzende Personen wurden verletzt. Die Unruhen stehen im Zusammenhang mit einer Welle von Bodenspekulationen in Algerien, die auf Kosten der kleinen Bauern gehen.

Türkei

Kämpfe in Kurdistan

Im Südosten der Türkei sind bei Kämpfen zwischen kurdischen Guerilleros und der Armee mindestens drei Soldaten der türkischen Armee, darunter zwei Offiziere und auf der anderen Seite drei Guerilleros getötet worden.

Werksbesetzung in Paris

Die Schlacht von Ivry-sur-Seine

Im Oktober 1983 hat die Regierung Mitterand die Zustimmung zur Massenentlassung im Pariser Werk des schwedischen Kugellagerherstellers SKF gegeben. Seit dem war das Werk, das damit faktisch stillgelegt wurde, praktisch besetzt. Auf Befehl des Premierministers Laurent Fabius kamen starke Kräfte der brutalen Bereitschaftspolizeitruppe CRS, räumten das Werk und bewachten es rund um die Uhr. Aber die Arbeiter antworteten.

Am vergangenen Mittwoch morgen näherte sich gegen fünf Uhr morgens ein Müllwagen mit einigen Arbeitern dem Werk. Aber keine Mülltonne wird geleert. Die Polizisten der CRS können nur erstaunt zusehen, wie der Müllwagen plötzlich abdreht und mit Vollgas auf die Werksmauer zurast. Die Mauer bricht ein, die Arbeitern hinter dem Müllwagen folgen ganz plötzlich noch 150 Mann in das Werksgelände. Mit Stangen und Schleudern zum Schutz vor der CRS dringen sie in ein vierstöckiges Gebäude ein, sie hissen auf dem Dach die Trikolore und eine rote Fahne: das Werk ist wieder in Arbeiterhand.

Im Arbeitervorort, traditionell von Vertretern der KPF regiert, heulen die Sirenen auf. Während eilig Polizeiverstärkungen herangeschafft werden, kommandieren die Bürgermeister anderer „roter" Vororte weitere Müllwagen und Wasserwerfer ab, die die Besetzung sichern sollen. In den folgenden Stunden entwickelt sich eine heftige Straßenschlacht. Hunderte Polizisten, Hubschrauber bekämpfen die Besetzer, deren Zahl mittlerweile auf 300 angestiegen war. Die Angreifer geraten in einen Hagel von Steinen und Stahlkugeln, antworten mit Tränengas und Gummigeschossen. Die paramilitärische Polizeieinheit CRS siegte, die Bilanz der Kämpfe: 98 Verletzte, davon 64 Polizisten und 68 Festnahmen. Am Werksgelände bleiben zerbrochene Stangen, Gummigeschosse, Stahlkugeln und Lager, bleibt ein Trümmerfeld.

Als die Besetzer sich auf einem nahegelegenen Platz zurückziehen, sammeln sich viele Menschen aus dem Viertel. Aber auch diese Ansammlung von rund 1500 Menschen greift die Polizei an und beendet so auch diese Solidaritätskundgebung. Die Empörung im Vorort Ivry-sur-Seine ist groß. Der Kampf um die Fabrik, die einmal über 600 Menschen einen Arbeitsplatz gab, hat die Sympathie der Menschen im Viertel.

„Nicht einmal als die Nazis hier waren, hat es vergleichbares in Ivry gegeben, heißt es, oder *„Mitterand, jetzt reichts, raus mit der CRS aus Ivry."* Während die bürgerliche Presse wie wild gegen die Besetzer hetzt, die meisten sind Mitglieder der KPF-Gewerkschaft CGT, spricht die KPF von beispiellosen Gewaltakten der Ordnungskräfte unter der sozialistischen Regierung gegen Arbeiter, die den Erhalt ihrer Arbeitsplätze verteidigen. „Socialo-Salauds" — *„sozialistische Schufte"*, nennt sie die Auftraggeber dieser Jagd auf Arbeiter.

Was die Parteizeitung der KPF, die „L'Humanité" bei ihrer Berichterstattung über die Vorfälle der vergangenen Woche allerdings verschweigt, ist folgende „kleine" Begebenheit. Die Zustimmungserklärung zu den Massenentlassungen vom Oktober 1983 trägt die Unterschrift des KPF-Mitglieds Jack Ralite, seines Zeichens damals Beschäftigungsminister in der Koalitionsregierung!

Wahlen in Ungarn

Stichwahlen nötig

Interessante Ergebnisse brachten die ungarischen National- und Kommunalwahlen am vergangenen Sonntag. Erstmals konnten die Wähler zusätzliche Kandidaten zur offiziell vorgeschlagenen Einheitsliste der „Patriotischen Volksfront" aufstellen, die von der herrschenden Partei, der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei" (USAP) geführt und kontrolliert wird.

Zwar gelang es oppositionellen Kräften in Ungarn nicht, auch zu kandidieren. Auf den Wählerversammlungen, wo sie ihre Kandidatur vorbrachten, wurden sie durch Manipulation ausgebootet. So z. B. die bekannten Oppositionellen Gáspár Miklós Tamás und Lásló Rajk. Aber in vielen Fällen wurden die Kandidaten gewählt, die nach einer Wahlgesetzänderung erstmals von den Wählerversammlungen gegen den offiziellen Vorschlag der Volksfront gesetzt wurden.

In 71 Fällen stellten die Wählerversammlungen Gegenkandidaten auf, 25 von ihnen wurden ins Parlament gewählt. Für 45 Parlamentssitze müssen jetzt Stichwahlen durchgeführt werden, da kein Kandidat die erforderliche Mehrheit errang. Dabei erwischte es erstmals auch zwei prominente Politiker, den langjährigen Regierungschef Jenö Fock und den zum „konservativen Flügel" der USAP zählenden Bela Niszku, der früher auch dem Politbüro der Partei angehörte.

Stichwahlen müssen auch für 849 der gut 40000 Mandate in den Städten und Gemeinden durchgeführt werden. Politische Verschiebungen sind in Ungarn aber nicht zu erwarten. Das reformierte Wahlverfahren hat noch genug Absicherungen für die Herrschenden. So sind fast das gesamte Politbüro der USAP und viele andere über eine Liste abgesichert, die nicht geändert werden kann und die praktisch ein politisches Mandat schon vor den Wahlen garantiert. Ein interessantes Ergebnis ist noch die relativ hohe Verweigerung: Trotz der zahlenmäßig hohen Wahlbeteiligung von 93,9 Prozent gingen drei Prozent weniger als beim letzten Mal zu den Wahlen, 5,4 Prozent der gegebenen Stimmen waren ungültig und 1,2 Prozent stimmten ganz offen gegen die Wahlvorschläge der „Patriotischen Volksfront". Diese drei Gruppen zusammengerechnet sind ein nicht geringes Protestpotential.

Nach der Abstimmung über die „Scala mobile"

Harte Zeiten in Italien

Am letzten Sonntag und Montag stimmte man in Italien über ein Referendum ab, in dem es darum ging, ob die Eingriffe der Regierung zur „Abmilderung" der „Scala mobile" einer gesetzlichen Lohnangleichung an die Inflation wieder rückgängig gemacht werden sollen. 45,7 Prozent waren dafür, gegen die Rücknahme sprachen sich 54,3 Prozent aus.

Das Referendum war von der KPI, der links von der KPI stehenden „Democrazia Proletaria" und den „Unabhängigen Linken" eingebracht worden. Es sollte die einschneidendste Maßnahme eines „Inflationsbekämpfungspaktes" der Regierung Craxi aufheben. Craxi hatte im Februar 1984 dabei per Dekret den Lohn, der eigentlich nach der „Scala mobile" der galloppierenden Inflation wenigstens annähernd angeglichen werden sollte, um „4 Punkte", das heißt in Geld um 480 Mark im Jahr gekürzt. Im Frühjahr 1984 liefen die Gewerkschaften dagegen Sturm. Im März 1984 fand eine große Arbeiterkundgebung statt. Eine Million Arbeiter kamen aus allen Teilen Italiens zusammen. In kürzester Zeit wurden 1,6 Millionen Unterschriften gesammelt, das Referendum mußte durchgeführt werden.

Zur knappen Niederlage der Initiatoren des Referendums — die über 45 Prozent Zustimmung zum Referendum sind ja keine vernichtende Niederlage — zu dieser Niederlage haben vor allem die christdemokratisch orientierte Gewerkschaft CISL und die von der sozialistischen Partei beeinflußte UIL beigetragen, die die arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik der Regierung Craxi voll mittragen und gegen das Referendum agitierten. Bestimmte Schichten ließen sich sicher auch von der Drohung Craxis beeindrucken, bei einer Annahme des Referendums „in der nächsten Minute danach" zurückzutreten.

Völlig kompromißlos ist die Haltung der Unternehmer. Zu Verhandlungen über eine modifizierte Form der „Scala mobile" waren sie nicht bereit. Im Gegenteil, schon vor der Abstimmung ließ der Unternehmerverband Italiens erklären, daß die Arbeitgeber sich an das Ergebnis des Referendums nicht halten würden. Und direkt nach Schließung der Wahllokale, wo über die Volksabstimmung entschieden wurde, kündigte der Industriellenverband „Confindustria" das Abkommen über die gleitende Lohnscala mit den Gewerkschaften.

Harte Zeiten stehen in Italien bevor. Der Reallohn ist allein im Jahre 1983 um 1,6 Prozent gesunken, im Jahre 1984 um 0,7 Prozent. Seit 1980 ist die Kaufkraft des durchschnittlichen Arbeitnehmers in Italien um über 7,8 Prozent geschrumpft. Und die italienische Zentralbank geht davon aus, daß es in Italien bald rund vier Millionen Arbeitslose geben wird — bei einer viel höheren Dunkelziffer als sie es schon in der Bundesrepublik gibt.



Im März '84 in Rom

Wahlen auf Cypern

Ein weiterer Schritt zur Teilung Cyperns

Die türkischen Cyprioten, im Norden der Mittelmeerinsel haben am vergangenen Sonntag gewählt. Die Präsidentschaftswahlen und ein vorausgegangenes Verfassungsreferendum sind eindeutige Schritte zur Teilung der Insel in eine griechische und eine türkische Republik.

1974 haben die damals in Athen herrschenden Militärs einen Umsturzversuch auf der Insel unternommen. Die Reaktion der Türkei war die Entsendung von Truppen auf den Nordteil der Insel, wo in der Hauptsache türkischstämmige Bevölkerung beheimatet ist. Seitdem entwikkeln sich praktisch zwei Staatsgebilde auf der Insel. Zwar werden unter der Schirmherrschaft der UNO immer wieder Verhandlungen zwischen dem griechisch-cypriotischen Präsidenten Kyprianou und Vertretern des türkischen Teils der Insel geführt, aber bislang sind sie ergebnislos geblieben — z. Z. sogar wieder einmal unterbrochen.

Der Präsident der „Türkischen Republik Nordcypern" ist Rauf Denktasch, der sich mit 70,5 Prozent der Stimmen gegen den Rivalen der sozialdemokratischen Republikanischen Türkischen Partei, Özer Özgür durchsetzen konnte, der nur 18 Prozent der Stimmen bekam. Rauf Denktasch — dessen Staatsgebilde kaum internationale Anerkennung genießt, hat in einer ersten Stellungnahme nach den Wahlen die enge Bindung an die Türkei der Militärdiktatoren beschworen. Er sagte unter anderem seinen Anhängern: "Ich verspreche euch, daß es keine Vereinbarung in Cypern ohne die Garantie der Türkei für eure Sicherheit geben wird."

Beitrag zur Programmdiskussion

Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau — Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus

Der nachstehende Beitrag zur Programmdiskussion ist das Ergebnis einer Konferenz von Parteigenossinnen in Süddeutschland. Die Konferenz fand bereits im Frühjahr statt und der Beitrag wurde anschließend zunächst parteiintern veröffentlicht. Das Frauenseminar der KPD, das kürzlich stattfand, sprach sich dafür aus, diesen Beitrag auch im RM zu veröffentlichen. Um Stellungnahmen wird ausdrücklich gebeten.

Die Unterdrückung der Frau hat Wurzeln in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. In der Urgesellschaft wurde die gesellschaftliche Produktion gemeinschaftlich organisiert, es gab keine Unterdrückung einer Gruppe oder Geschlechts. Erst mit der privaten Anhäufung von Reichtum entstand die patriarchalische Familie; parallel zur Entwicklung der Klassengesellschaft begann die Unterdrükkung der Frauen. Die Verantwortung der gesamten Gesellschaft für ihren unproduktiven Teil (v.a. Kinder) wurde auf die Familie verlagert. Die Famillie entstand als wesentliche Institution zur Festigung und Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft. Dies ist auch heute noch die Hauptaufgabe der Familie. Die Form der Familie änderte sich in den verschiedenen Stufen der Klassengesellschaft bis hin zur heutigen Kleinfamilie mit dem Mann als „Ernährer" und der Frau als Hausfrau-Mutter-Ehefrau. Das typische Hausfrauendasein kam erst auf mit der Trennung von Wohnen und Arbeiten, ist also eine ziemlich moderne Erscheinung.

Hausarbeit

Da das Leben der Frauen in den Industrieländern zu allererst durch ihre Rolle als Hausfrau bestimmt wird, wollen wir die Hausarbeit etwas genauer untersuchen:

Fast alle Frauen sind Hausfrauen oder erwarten, daß sie es werden. Das heißt, daß sie für die Verpflegung von anderen Familienmitgliedern verantwortlich sind. Alleinstehende Frauen müssen oft kranke Eltern oder Geschwister versorgen.

Der Arbeitstag von Hausfrauen beträgt, je nachdem, ob sie auch noch berufstätig sind und Kinder haben, zwischen 50 und 100 Stunden in der Woche. Hausarbeit ist monoton, jeden Tag dasselbe, eine Hausfrau ist nie mit ihrer Arbeit fertig, es gibt immer etwas, was noch getan werden müßte. Das Ergebnis der Arbeit, saubere Fußböden oder Wäsche ist in wenigen Stunden wieder vernichtet. Die Arbeit, die hinter einer sauberen Wohnung steckt, wird überhaupt erst sichtbar, wenn sie einmal nicht getan werden kann. Das führt zu einer psychischen Belastung der Hausfrauen und Unzufriedenheit mit ihrer Hausarbeit, die aber nur sehr schwer zugegeben wird, weil sie sonst keine „gute Ehefrau" ist, und weil sie keine Vergleichsmöglichkeit hat, wie es anderen Hausfrauen geht. Denn jede Hausfrau macht das Gleiche, aber jede macht es alleine für sich, isoliert. Die Freiheit, die Arbeit einzuteilen, ist auch minimal. Sie wird eingeschränkt durch die Arbeitszeit des Mannes, durch die Schulzeiten der Kinder, die Öffnungszeiten der Geschäfte, die Schlafenszeiten der Kinder...

Für Hausfrauen gibt es keine Trennung von Arbeit und Freizeit. Sie hat immer für die Bedürfnisse der Familie da zu sein; wenn der Mann von der Arbeit heimkommt, beginnt oft ihre Hauptarbeitszeit, denn sie hat für seine Entspannung zu sorgen. Sie bekommt keinen Lohn für die Arbeit, die sie verrichtet, ihre Befriedigung holt sie allein aus dem Zufriedensein ihrer Familie. Ein wesentlicher Teil ihrer Arbeit besteht darin, die Beziehungen innerhalb der Familie, besonders zu ihrem Mann, in Ordnung zu halten, also sich um **Gefühle** zu kümmern.

Die Theorie, Frauen würden deshalb unterdrückt, weil ihre Arbeit unnötig wäre, keine gesellschaftlich notwendige Arbeit darstelle, ist falsch. Die physische und psychische Reproduktion der Familienmitglieder ist sehr wohl eine gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Ebenso falsch ist aber auch die Theorie, Hausfrauen seien produktiv, weil sie die für den Kapitalismus wichtigste Ware, die menschliche Arbeitskraft herstellen. Diese Analyse verwechselt „produktiv" mit „nützlich". Im marxistischen Sinne bedeutet produktiv aber: Schaffung von Mehrwert. Dies trifft für Hausfrauen nicht zu, da sie sich mit ihrer Hausarbeit nicht in Lohnabhängigkeit begeben. Hausarbeit stellt eine spezielle ökonomische Kategorie dar, die nicht in Begriffen wie produktiv oder unproduktiv zu fassen ist.

Eben daraus, daß Hausarbeit nicht der Produktion von Mehrwert unterliegt, ergibt sich die besondere Organisation von Hausarbeit, besser gesagt, ihre Nichtorganisiertheit. Hausarbeit ist eine für den Produktionsprozeß notwendige Arbeit. Für das Kapital ist es jedoch vollkommen gleichgültig, wieviel Zeit in diese Arbeit investiert wird, Hauptsache, sie wird gemacht.

Indirekt spielt die Hausarbeit aber sehr wohl eine Rolle in bezug auf die Mehrwertrate. Denn würde die Reproduktionsarbeit von öffentlichen Stellen übernommen, wäre das wesentlich teurer, die Löhne müßten steigen, die Mehrwertrate würde sinken. Würde der Mann sich selbst versorgen, könnte er nicht so viel Energie für seine Lohnarbeit mehr aufbringen, die Mehrwertrate würde ebenfalls sinken. Hinzu kommt die für das Fortbestehen des Systems mindestens genauso wichtige Aufgabe der Frauen, ihren Mann ideologisch wieder aufzurichten, ihn für das zu entschädigen, was er bei seiner Arbeit an Unterdrückung erfahren mußte. In der Familie hat der Arbeiter endlich etwas zu sagen, ist er der Wichtigste, der "Ernährer".

Für uns stellt sich als nächstes die Aufgabe, genauer zu untersuchen, in welcher Weise die Hausarbeit vergesellschaftet werden kann. „Hausarbeit" muß weitestgehend durch z.B. Großwäschereien, gute, billige Kantinen, Reinigungstrupps zur berufsmäßigen und bezahlten Arbeit werden. Ganz kurzfristig müssen wir uns darum kümmern, daß die Hausarbeit genauso von Männern getragen wird.

Familie

Durch die Familie findet täglich die Reproduktion der Klassengesellschaft statt. Sie erfüllt folgende Aufgaben:

a) Sie leistet auf die für das Kapital am billigsten Art und Weise die Reproduktion der Arbeitskraft.

b) Durch die Familien, bzw. durch die Mehrarbeit der Hausfrauen werden die ersten Auswirkungen der Wirtschaftskrisen aufgefangen.

c) Die Familien stellen einen wichtigen Absatzmarkt dar: jeder Familie ihren eigenen Staubsauger, Waschmaschine usw.

d) Sie sorgt für die Vererbung des Privateigentums auf die nächste Generation und erhält damit die Aufteilung der Gesellschaft in Klassen aufrecht.

e) Sie setzt durch die Übertragung der geschlechtsspezifischen Erziehung auf die Kinder eine gesellschaftliche Arbeitsteilung in Produktion und Reproduktion durch, bei der den Frauen die Fürsorge für die anderen Familienmitglieder zufällt. Die Institution Familie ruht auf der häuslichen Unterjochung und wirtschaftlichen Abhängigkeit der Frauen.

f) Die Familie ist der Ort, an dem wir unsere Bedürfnisse nach Wärme, Sicherheit, Anerkennung... mehr schlecht als recht befriedigen können. Sie läßt den Arbeiter die Unterdrückung und Bevormundung bei seiner Arbeit länger ertragen, weil er in der Familie die nötige Anerkennung findet und dort der Boß sein darf.

g) Sie richtet die Kinder von Geburt darauf ab, sich den bestehenden Machtverhältnissen unterzuordnen, sie reproduziert täglich die hierarchischen, autoritären Verhältnisse, die nötig sind, um die Klassengesellschaft aufrecht zu erhalten. Sie vermittelt die gesellschaftlichen Werte und Normen, die es ermöglichen, in der Klassengesellschaft zu überleben. Die Familien sind die millionenfachen Stützpunkte der Autorität und Macht, der Klassengesellschaft.

h) Dadurch, daß die „natürliche Aufgabe" der Frauen Hausarbeit ist, wird ihre Lohnarbeit nur als „Zuverdienen", als „Job" betrachtet; hinzu kommt, daß sie meistens schlechter ausgebildet oder ohne Berufserfahrung sind. Dies begründet das wesentlich niedrigere Lohnniveau der Frauen und die Tatsache, daß sie bei Arbeitskräfteüberschuß als erste aus dem Produktionsprozeß herausgeworfen werden. Das Familiensystem erhält eine unfreiwillige Schicht von Lohndrückerinnen und eine sehr flexible Reservearmee aufrecht.

Wenderegierung

Die unverzichtbare Rolle der Familie für das Kapital wird in Krisenzeiten besonders deutlich. Die vom Staat bereitgestellten Sozialeinrichtungen und die damit verbundenen Kosten müssen wieder gestrichen werden und werden wieder in die Verantwortung der einzelnen Arbeiterfamilien gestellt. Frauen werden massenhaft aus dem Produktionsprozeß herausgeworfen, nicht zuletzt, um die Streichung von sozialen Einrichtungen und die Kürzung bei den Sozialleistungen auffangen zu können.

Um diese Ziele verwirklichen zu können, muß eine ideologische Offensive gegen die Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Frau gestartet werden. Die Rolle der Frau als gute Mutter-Hausfrau-Ehefrau wird wieder als die „natürliche" Bestimmung der Frauen propagiert. „Das wahre Glück liegt in der Familie."

Das ist an der Wenderegierung sehr deutlich sichtbar: Die ehrenamtliche Tätigkeit, die immer in allererster Linie von Frauen ausgeführt wird, wird wieder sehr stark hervorgehoben und auch mit materiellen Anreizen unterstützt. Die Diskussion über die „Doppelverdie-

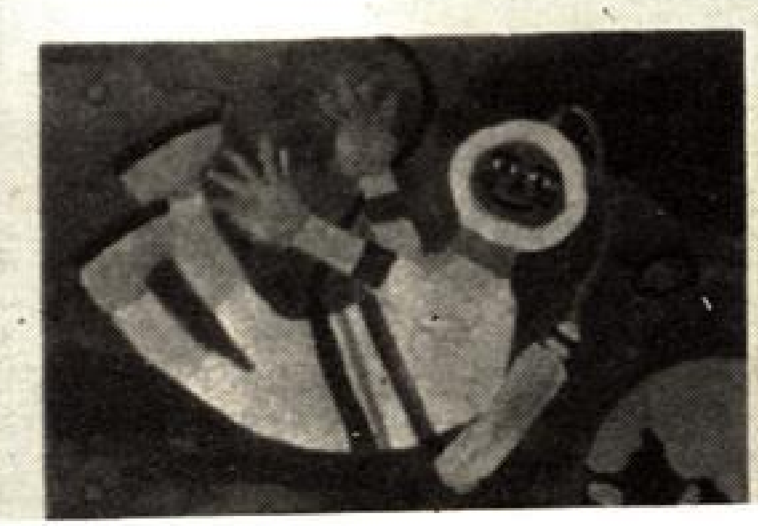
Zur Hausfrau geboren?





Oder zur Hausfrau erzogen?

Wenn ich groß bin,
werde ich Astronaut.
Dann fliege ich bis zum Mond.
Ich sehe mir alle Sterne an,
und wo es schön ist,
steige ich aus
und baue mir ein Haus.
Der ganze Stern gehört dann mir.
Groß schreibe ich meinen Namen dran:
Micha
Und meine Frau kommt mit
und kocht mir immer Pudding.



Diese geradezu klassische Rollendarstellung aus dem Buch „Bunte Welt", Hermann Schroedel Verlag, ist etwas älteren Datums und stammt aus dem Jahr 1967. Aber hat sich tatsächlich so viel verändert?

ner" ist bekannt, ebenso die Kürzung von Krippen- und Tagheimplätzen.

Es gehört aber auch dazu: die Einstampfung von Sexualkundebüchern für den Schulunterricht, die noch während der SPD-Regierungszeit gedruckt wurden, die von Geißler und der katholischen Kirche angeführte Hetzkampagne gegen Pro familia, die Versuche, den § 218 weiter zu verschärfen, die geplante Veränderung des Scheidungsgesetzes, die Einführung von Erziehungsgeld, Babyjahr und der Stiftung Mutter & Kind.

Durch den Fortschritt in der medizinisch-technischen Forschung in bezug auf Geburtenkontrollen und Abtreibung, durch die eine große Anzahl von Frauen, die sich ein Berufsleben erringen konnten, durch den relativ höheren Bildungsstand der Frauen heute, durch die Verbreitung der Ideen der Frauenbefreiungsbewegung, ist der Widerspruch zwischen dem, was heute für die Frauen möglich wäre und dem, was heute durch reaktionäre Gesetze, bürgerliche Sitten, kurz: den kapitalistischen Überbau, Realität ist, besonders groß geworden.

Für das Kapital bedarf es großer Anstrengungen, um die Frauen wieder heim an den Herd zu bekommen. In diesem Zusammenhang ist auch die Einführung eines Erziehungsgeldes und des Babyjahres zu bewerten.

Wir konnten uns — auch aufgrund von mangelnder genauer Information — jedoch nicht darauf einigen, diese Maßnahmen einfach abzulehnen. Klar ist aber die Forderung, daß alle Maßnahmen, die eine tatsächliche Verbesserung darstellen, das gilt auch für Mutterschaftsurlaub und besonderen Arbeitsschutz für Frauen, auch für Männer und Väter ausgedehnt werden muß, da sie sonst der Festschreibung der Rollenaufteilung dienen.

Das revolutionäre Potential der Frauenbefreiungsbewegung

Frauen unterliegen im Kapitalismus einer besonderen Unterdrückung. Auch wenn sie in Lohnarbeit stehen, (was hier leider gar nicht behandelt werden kann, wir sehen das auch als großen Mangel) sind sie deshalb nicht von der Hausarbeit befreit, ganz zu schweigen von anderen patriarchalisch-kapitalistischen Formen der Unterdrückung. Frauen werden nicht nur allgemein, als Teil der Arbeiterklasse, unterdrückt, **sondern auch als Geschlecht.**

Wir müssen dem als revolutionäre Partei Rechnung tragen, denn nur, wenn wir die spezifischen Forderungen der Frauen zu unseren eigenen machen, wird es uns gelingen, die Frauen für den Sozialismus zu gewinnen. („Sozialismus an sich ist noch keine Garantie für die Befreiung der Frau". Wobei sich dann für uns die Frage stellt: Ist das überhaupt Sozialismus, wenn die Hälfte der Arbeiterklasse weiterhin unterdrückt bleibt?) Gleichzeitig wird eine siegreiche Revolution nur möglich sein, wenn wir der tiefgreifenden Spaltung der Arbeiterklasse entgegentreten, wenn die Arbeiter zu der Erkenntnis gelangen, daß ihre Klasseninteressen mit denen der unterdrücktesten Schicht der Klasse, den Frauen, identisch sind.

Ohne die sozialistische Revolution können die Frauen ihre Befreiung nicht erreichen:

- An eine nicht nur ganz teilweise Vergesellschaftung der Hausarbeit ist im Kapitalismus nicht zu denken. Ebensowenig an eine gleichberechtigte Aufteilung der Hausarbeit unter Männern und Frauen, noch an eine ökonomische Unabhängigkeit.
- In den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern gab es in den 70er Jahren einen Kampf gegen die Abtreibungsparagraphen. Es wurde sehr deutlich, daß das Recht auf den eigenen Körper und die eigenen Fortpflanzungsorgane im Kapitalismus niemals wirklich gesichert sind. Diese Grundvoraussetzung zur Befreiung der Frau stellt eine zu große Bedrohung der ideologischen Grundpfeiler der Unterdrückung der Frauen dar.
- Eine Befreiung der Frau kann es nur geben, wenn die Erziehung der Kinder in der Verantwortung und als Aufgabe der gesamten Gesellschaft steht, und nicht mehr der einzelnen Familie, bzw. der Mutter übertragen wird.

Aus den Tatsachen, aus dem Widerspruch zwischen dem, was heute alles machbar wäre und der kapitalistisch-patriarchalischen Wirklichkeit, ergibt sich die ungeheure revolutionäre Kraft, die in der Frauenbefreiungsbewegung enthalten ist. Die Forderungen der Frauen erschüttern die Fundamente der Klassengesellschaft.

Die Arbeiterklasse kann ihre historische Aufgabe, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates, die Schaffung einer wirklichen Demokratie für die Werktätigen, die Umwandlung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der Menschen und vor allem die Ersetzung des im Privateigentum verwurzelten patriarchalischen Familiensystems durch eine höhere Stufe der menschlichen Beziehungen, nicht erreichen, ohne die massenhafte Beteiligung der Frauen.

Für die revolutionäre Partei bedeutet das die aktive Teilnahme, Unterstützung und Führung einer unabhängigen Frauenbefreiungsbewegung.

Es bedeutet außerdem, organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, die in Rechnung stellen, daß so gut wie alle Frauen Hausfrauen sind. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, die es den Frauen erleichtern, trotzdem am politischen Leben teilzunehmen. Das ist nicht nur in der Partei eine wichtige Aufgabe für uns, dieser Kampf muß auch besonders in den Gewerkschaften geführt werden.

Frauen und Gewerkschaften

Daß so relativ wenige Frauen in den Gewerkschaften organisiert sind, ist kein Zufall:

a) Es liegt an der Doppel- bzw. Dreifachbelastung der Frauen und daran, daß viele Frauen von ihren Männern gar nicht erlaubt (!) bekommen, abends wegzugehen, schon allein deshalb: Wer macht dann das Abendessen? Es muß bei Gewerkschaftsveranstaltungen für eine Kinderbetreuung gesorgt werden. Es muß bei Treffen nicht nur auf die Arbeitszeit der Männer, sondern auch auf die Kindergartenzeiten geachtet werden usw.

b) Es hängt mit den inhaltlichen Schwerpunkten zusammen, die in den Gewerkschaften behandelt werden. Wichtige Anliegen der Frauen werden nicht behandelt. Im günstigsten Fall werden die Forderungen der Frauen auf ökonomische Fragen beschränkt, wie etwa: gleicher Lohn und Mutterschaftsurlaub. Das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung, Kinderbetreuung, Vergesellschaftung der Hausarbeit, die Gleichberechtigung der Frau insgesamt, müssen Themen der Gewerkschaften werden. Durch diese Forderungen wird auch die Aufspaltung in ökonomische und politische Kämpfe aufgehoben.

Zugleich müssen Frauen in den Gewerkschaften die Frage der Gewerkschaftsdemokratie aufwerfen: Sie müssen für das Recht kämpfen, sich frei ausdrücken zu können, eigene gewerkschaftliche Frauengruppen zu gründen, in den Gremien vertreten zu sein, besondere Förderungsprogramme und Kinderbetreuung während der Sitzungen zu erhalten.

Mittlerweile gibt es viele Frauenausschüsse in den Gewerkschaften, die meist auch den Segen der Führung haben. Das Monopol der Männer bei führenden Positionen ist jedoch immer noch Tatsache — bis auf ganz wenige Ausnahmen. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, daß die Anliegen der Frauen auf die Frauenausschüsse abgeschoben werden, sondern sie müssen allgemeine Forderungen der Gewerkschaft insgesamt werden, und es muß auch für ihre Durchsetzung gekämpft werden.

Das für die Gewerkschaft gesagte gilt entsprechend auch für unsere Partei, sogar in besonderem Maße, wenn wir anstreben, in allen wichtigen Fragen Vorhut zu sein. Wir haben die Frage der Befreiung der Frau lange genug sträflichst vernachlässigt und hinken großenteils sogar noch hinter der Gewerkschaft her.

Ausländische Frauen in der BRD

Besondere Aufmerksamkeit müssen wir auch den ausländischen Frauen zukommen lassen. Sie sind in besondes starker Weise unterdrückt:

Zum einen durch die noch sehr stark patriarchalisch geprägten Verhältnisse in ihren Herkunftsländern, die es ihnen kaum erlauben, das Haus zu verlassen und die deutsche Sprache zu lernen. Sie sind daher extrem isoliert in der BRD;

zum anderen durch die frauenfeindlichen bundesrepublikanischen Gesetze. Den ausländischen Frauen wird kein eigenständiges Aufenthaltsrecht zugestanden, sie sind vollkommen abhängig von der Aufenthaltserlaubnis ihrer Männer und können sich daher auch bei den gröbsten Mißhandlungen nicht einmal scheiden lassen, ohne sofort ausgewiesen zu werden, weil dann die Familienzusammenführung nicht mehr gegeben ist.

Diese Tatsache ist auch sehr wichtig, um allen Tendenzen entgegenzutreten, die die besondere Unterdrückung der ausländischen Frauen ausschlachten, um die Ausländerfeindlichkeit zu schüren.

Weil es so wichtig ist ...

Das Gleiche, was vorher für die Gewerkschaften gesagt wurde, gilt auch für unsere Partei: Die Behandlung der ganzen Fragen der Befreiung der Frau dürfen nicht allein den Parteifrauenkonferenzen überlassen bleiben. Sie müssen Eingang in unsere **gesamte Politik** und in unser **Programm** finden.

Dazu ist es natürich notwendig, einige Fragen noch wesentlich genauer zu untersuchen, vor allem die Lohnarbeit der Frauen. Außerdem die Ausarbeitung von konkreten Forderungen, wobei wir auf die Verbindung von Tagesforderungen und unseren strategischen Zielen achten müssen.

Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau —
Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus!



SZ-Zeichnung: Maria Marcks



Doppelbelastung meint nicht einfach die doppelte Belastung eines Menschen durch Beruf, Kindererziehung und Hausarbeit. Doppelbelastung meint ausschließlich die doppelte Belastung von Frauen mit diesen Dingen. Denn für Männer gibt es sie nicht. Aber Männer sind schließlich auch keine Doppelverdiener.

Ehemann verbietet Abtreibung

Die Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Familienrecht" berichtete jetzt über eine unglaubliche Verletzung des Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrechts einer Frau. Hier der Fall:

Eine junge Frau war ungewollt schwanger geworden. Sie wollte deshalb eine Abtreibung vornehmen lassen. Ihr Ehemann war allerdings dagegen. Er ging deshalb vor Gericht und beantragte das Sorgerecht für den Embryo. Dabei berief er sich auf den § 1628 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach die Übertragung des Entscheidungsrechts „auf einen Elternwillen" möglich ist, „sofern dies dem Wohle des Kindes entspricht". Das Gericht gab ihm Recht und übertrug ihm das Sorgerecht — ohne mündliche Verhandlung und ohne Anhörung der Ehefrau! Der Ehemann hatte nämlich ein Eilverfahren beantragt, weil er das Gericht einen Tag vor dem von seiner Ehefrau festgesetzten Termin für den Schwangerschaftsabbruch angerufen hatte.

Mit dieser Gerichtsentscheidung wollte der Ehemann die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß sowohl seiner Frau wie auch dem betreffenden Arzt für den Fall einer Abtreibung mit den gesetzlich vorgesehenen Höchststrafen gedroht werden konnte.

Der Richter setzte den Arzt über die Sorgerechtsentscheidung sofort in Kenntnis. Der Schwangerschaftsabbruch fand nicht statt. Eine mündliche Gerichtsverhandlung, in der auch die Ehefrau hätte zu Wort kommen können, wurde zwar anberaumt. Aber erst für zwei Wochen später. Zu diesem Zeitpunkt wäre die Ehefrau bereits in der 12. Schwangerschaftswoche gewesen. Eine möglicherweise positive Entscheidung des Gerichts hätte ihr also gar nichts mehr nützen können. Sie mußte das Kind austragen.

Ein unglaublicher Fall? Ja. Aber offenbar kein Einzelfall. Denn wie die Pressesprecherin des Kölner Landgerichts erklärte, kommen solche Entscheidungen öfter vor. Sie dringen nur normalerweise nicht an die Öffentlichkeit.

Liberale Blätter wie die „Frankfurter Rundschau" kritisieren vor allem den Umgang mit dem § 1628 BGB, der sich — seinem Wortlaut nach — eindeutig auf das „Wohl des Kindes" und keineswegs auf das sog. ungeborene Leben, auf Embryos bezieht.

Aber das Problem, das in diesem Fall deutlich wird, ist keineswegs nur das Problem willkürlicher Gesetzesinterpretation durch einzelne Richter. Das Problem, das hier deutlich wird, ist vor allem das der nach wie vor grundsätzlich eingeschränkten persönlichen Freiheit von Ehefrauen. Sie haben — auch nach reformiertem Eherecht — nach wie vor keinen rechtlichen Schutz vor der alltäglichen Gewalt in der Ehe, keinen rechtlichen Schutz vor Vergewaltigung und — wie dieser Fall zeigt — noch nicht einmal das juristisch unumstrittene Recht, selber zu entscheiden, ob sie ein Kind zur Welt bringen wollen oder nicht.

Kriegshetze und Trachtentanz

Rund 150 000 Menschen werden an diesem Wochenende in Hannover erwartet. Ihr Ziel ist das „Deutschlandtreffen der Schlesier", organisiert von der „Landsmannschaft der Schlesier". Fast genausoviele waren es Pfingsten in Stuttgart anläßlich des „Sudetendeutschen Tages", organisiert von der „Landsmannschaft der Sudetendeutschen". Und zum ersten Mal seit 20 Jahren wird wieder ein Bundeskanzler auf einem Vertriebenentreffen das Wort ergreifen. Helmut Kohl wird damit in Hannover die grundsätzliche Übereinstimmung der Bundesregierung mit den politischen Zielen der „Vertriebenen" dokumentieren. Und die heißen: Revanche für den verlorenen Krieg, Rückeroberung des „geraubten", aber nicht „verlorenen" Schlesien wie es im offiziellen Aufruf zum Schlesiertreffen heißt. Eiskalte, handfeste revanchistische Politik, verpackt in Kultur, „Brauchtumspflege" und Familientreffen, eben: Kriegshetze und Trachtentanz.

Die Treffen in Stuttgart und Hannover sind die größten ihrer Art, aber nicht die einzigen. Es gibt in der Bundesrepublik heute 20 sogenannte Landsmannschaften von Vertriebenen, die im „Bund der Vertriebenen — Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" (BdV) zusammengeschlossen sind. Der BdV hat nach eigenen Angaben 2,4 Millionen Mitglieder und das ist nicht gerade wenig. Schon wenn man die Namen der im BdV zusammengeschlossenen einzelnen Verbände betrachtet, kann es einem eiskalt den Rücken herunterlaufen. Da gibt es nicht nur die Landsmannschaften der Schlesier, Sudetendeutschen oder Ostpreußen, sondern auch eine „Deutsch-Baltische Landsmannschaft", eine „Landsmannschaft Donauschwaben aus Jugoslawien", der „Bessarabiendeutschen", der „Dobrudscha- und Bulgariendeutschen" und selbstverständlich auch der „Deutschen aus Rußland".

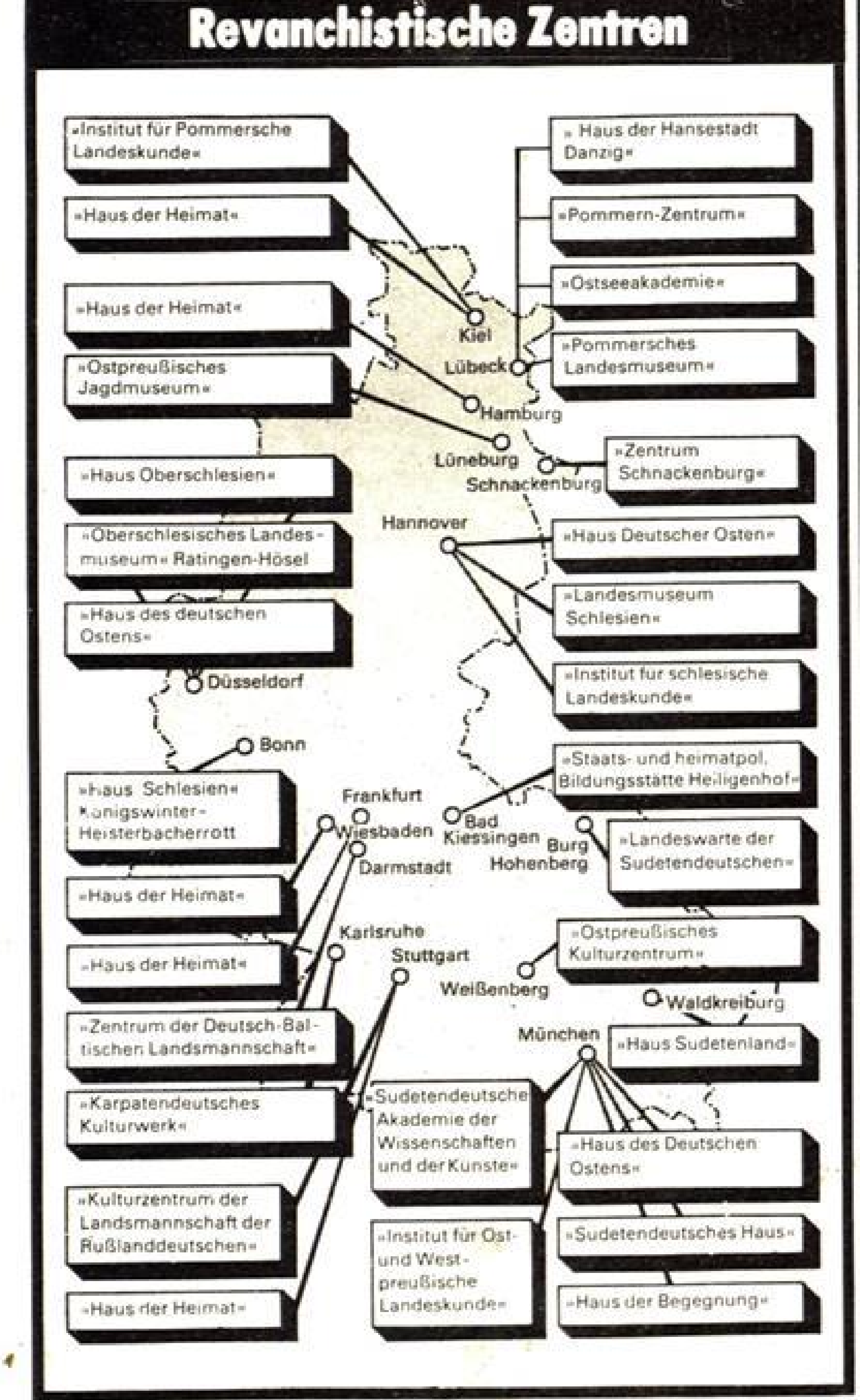
Neben dem BdV gibt es noch einen „Bund der Mitteldeutschen" mit sechs Mitgliederorganisationen, die sich ganz oder teilweise auf die DDR beziehen. Der BMD hat 230000 Mitglieder und die „Deutsche Jugend des Ostens — Deutsche Jugend in Europa" mit ihren sechzehn Bundesgruppen hat 160000 Mitglieder.

Alles in allem sind also in diesen drei revanchistischen Dachverbänden etwa 2,7 Millionen Menschen organisiert, die — ob sie es wollen oder nicht — für die gefährliche Politik der Hupka, Czaja und Co. in die Waagschale geworfen werden.

Der Kreis der revanchistischen Organisationen ist aber damit noch nicht erschöpft. Ihre Zahl ist Legion. Es seien hier noch einige genannt: Die Kirche spielt eine wichtige Rolle. Im Schutz der Kirchen sind nach dem 2. Weltkrieg nicht nur die ersten Kerne der „Vertriebenenverbände" entstanden. Es gibt auch heute noch eine Reihe von kirchlichen Zusammenschlüssen, die sich revanchistische Zielen widmen, z.B. der „Deutsche Zweig" des „Internationalen Hilfswerkes ‚Kirche in Not — Ostpriesterhilfe'".

Dazu kommen kulturelle Einrichtungen wie die „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" oder die „Künstlergilde (Verband der ostdeutschen heimatvertriebenen oder geflüchteten Künstler)".

Es gibt einen „Bauernverband der Vertriebenen" und eine „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter". Letztere hat vor einiger Zeit eine Briefaktion an polnische Bauern veranstaltet, in denen diesen mit der Wegnahme ihres Landes gedroht wird.



Die zweite Schlacht...

Spitzenfunktionäre der Revanchistenverbände sitzen in Schlüsselfunktionen bei Funk- und Fernsehen. Herbert Czaja, der Präsident des BdV ist Mitglied im Rundfunkrat des Deutschlandfunks. Herbert Hupka, sein Vizepräsident ist stellvertretender Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle. Im Rundfunkrat des SDR Stuttgart sitzen gleich drei Berufsvertriebene, darunter Hans Sauter, Bundesvorsitzender der „Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn". Rudolf Wollner, Vizepräsident des BdV und der „Paneuropa-Union" ist Mitglied des Fernsehrates des ZDF. Die rechtsradikale „Paneuropa-Union", an deren Spitze Otto von Habsburg steht und die eng mit der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" verbunden ist, begnügt sich noch nicht einmal mit der Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937, sie will - mehr. Ihr Traum ist die Wiederherstellung der Habsburgischen Donaumonarchie, ein vereinigtes Deutschland-Österreich-Ungarn usw.

Natürlich versuchen alle diese Herren auf die Programme der Sender Einfluß zu nehmen.

Zu den Methoden Einfluß zu nehmen, gehört auch die Vergabe eines „Medienpreises der Heimatvertriebenen", der immerhin mit 11000 Mark dotiert ist. 1982 erhielt der Chefredakteur des Bayrischen Rundfunks, Rudolf Mühlfenzel, den Preis für den revanchistischen Hetzfilm „Flucht und Vertreibung". Um noch einmal auf die sogenannte Kulturarbeit der „Vertriebenenverbände" zurückzukommen. Es gibt ja Leute, die immer noch glauben, daß die Pflege des sogenannten Brauchtums ohne jeden politischen Zweck und Hintergedanken betrieben wird. Schon 1973 hat der damalige Generalsekretär des BdV, Hans Neuhoff, jedoch offen zugegeben: „Die Vertriebenen und ihre Verbände verlagern ihre Tätigkeit verstärkt auf die Kulturarbeit, nicht zuletzt, weil dort (...) die zweite Schlacht um den deutschen Osten stattfindet." Für die „zweite Schlacht um den deutschen Osten" fließt ziemlich Geld aus den öffentlichen Kassen an die Vertriebenenverbände bzw. ihre Ableger und von ihnen unterhaltene Einrichtungen.

Grundlage dieser finanziellen Unterstützung ist das sogenannte Bundesvertriebenengesetz, das im § 96 bestimmt, die „Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung", sei von Bund und Ländern zu unterstützen.

Dazu gehört laut einer offiziellen Richtlinie des Bundesinnenministeriums von 1981 die Auswertung und Ergänzung von Bibliotheken und Museen, die Organisierung von Ausstellungen, Wettbewerben, Arbeitstagen, die Vergabe von Stipendien und die Förderung von Forschungsprojekten.

Was bei dieser Art von „Kulturarbeit" herauskommt, mag am Beispiel des „Ostpreußischen Jagdmuseums" in Lüneburg deutlich gemacht werden. Neben anderen Trophäen ähnlicher Art wird dort ein vom „obersten Jagdherrn" Hermann Göring in Rominten erlegter Hirsch zur Schau gestellt. Ein wirklich hervorragendes Beispiel ostpreußischen Kulturerbes. Museen dieser Art, „Häuser des Ostens", „Häuser der Heimat" oder einfach „Heimatstuben" sind über die ganze Bundesrepublik verstreut.

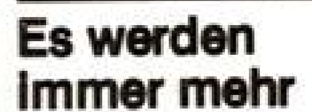
Und man braucht wirklich nur einmal in eines dieser Häuser hinzugehen — die großdeutsche Junkerherrlichkeit, die dort ausgestellt ist, spricht für sich. Immerhin haben Bund und Länder für diese Art kulturellen Revanchismus im Jahr 1983 fast 30 Millionen Mark ausgegeben und diese Summe steigt weiter. Ein besonderes Interesse der Revanchistenverbände gilt den Schulen. So forderte etwa Herbert Hupka auf dem Schlesiertreffen 1983 in Hannover die Anhänger der Landsmannschaften zur Gesinnungsschnüffelei auf. Sie sollten Schulen, Lehrer und Schulbücher überprüfen. Ja, es bestand sogar die Absicht, Sonntagsschulen einzurichten, damit „die Kundigen die Unkundigen informieren und unterrichten."

Damit nicht genug. Alljährlich werden in den meisten Bundesländern sogenannte „ostkundliche Schülerwettbewerbe" abgehalten, die unter der Schirmherrschaft der jeweiligen Kultusminister stehen und deren Thematik wesentlich von den Revanchistenverbänden bestimmt werden. In Hessen hieß das Thema 1983/84 z.B. „Nachbarschaft der Deutschen, Tschechen und Slowaken in Vergangenheit und Gegenwart."

An Wettbewerben dieser Art beteiligten sich 1983 in Baden-Württemberg immerhin 18944 Schüler der 9. und 10. Klassen aus 800 Schulen. Ähnlich groß war die Beteiligung in Bayern. Und in Niedersachsen hat man sich sogar vorgenommen alle Schüler vom 3. Schuljahr an für die Teilnahme an solchen Wettbewerben zu interessieren.

Grundlage des Unterrichts über die „deutsche Frage" ist ein Beschluß der ständigen Konferenz der Kultusminister von 1978. Darin heißt es ausdrücklich: „Die heute im Gebiet der DDR lebenden Thüringer, Sachsen, Märker, Mecklenburger und Pommern gehören neben den Schlesiern, Ostpreußen und Westpreußen zum Ganzen unseres Volkes. (...) Jeder soll sich bewußt sein, daß auch hinter der Grenze Deutschland liegt."

Das hier propagierte Deutschland in den Grenzen von 1937 ist aber einigen CDU/CSUregierten Bundesländern noch nicht genug. Schon 1973 hat die Münchener Landesregierung eine spezielle Anordnung über die „Förderung der Kenntnisse von Ost- und Südosteuropa (Ostkunde)" erlassen, in der schwerpunktmäßig die „deutschen Siedlungsgebiete" in diesem Raum behandelt werden sollen.



Es werden immer mehr

Die „Vertriebenenverbände" und ihre verschiedenen Ableger sind keineswegs ein einflußloser Haufen Ewiggestriger. Ihre Mitglieder- und Anhängerschaft zählt nach Millionen, vor allem aber sind sie fest mit den staatstragenden Parteien, vorrangig der CDU/CSU, verbunden, genießen die Unterstützung der Bundes- und Länderregierungen und es gibt sogar ein besonderes Gesetz, das sich mit ihnen beschäftigt. „Vertriebener" zu sein, ist nämlich nicht einfach nur ein bestimmter Zustand, sondern „Vertriebener" zu sein begründet einen besonderen Rechtsstatus.

Diesen und anderes regelt das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge" aus dem Jahr 1953.

Sein § 1 bestimmt:

„Vertriebener ist auch, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger (...) nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen, die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China (!) verlassen hat oder verläßt."

Also nicht nur diejenigen, die am Ende des 2. Weltkrieges — aus welchen Gründen auch immer — in die heutige Bundesrepublik geflüchtet sind oder die, die entsprechend den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hierher umgesiedelt sind, zählen nach diesem Gesetz als Vertriebene — sondern beispielsweise auch alle „deutschen



Revanchistische Geographie

Aus dem „Taschenbuch für die Amtsträger der Sudetendeutschen Landsmannschaft"

Volkszugehörigen" aus China (...) wenn sie in die Bundesrepublik kommen sollten.

Nun sollte man annahmen, daß die Zahl der „Vertriebenen" eigentlich im Lauf der Zeit immer kleiner werden müßte. Das aber ist ein Trugschluß. Die Vertriebenen werden immer mehr. Waren es 1949 7,7 Millionen, so hatten sie sich nach einer Statistik des Bundesinnenministeriums 1983 bereits auf rund 16 Millionen vermehrt. Der Hauptgrund für diese wundersame Vermehrung sind die sogenannten „Abstammungsvertriebenen". Laut „Bundesvertriebenengesetz" wird man nämlich auch durch Heirat Vertriebener oder Vertriebene. „Vertrieben" zu sein ist darüber hinaus erblich. Kindes- und Kindeskinder von „Vertriebenen" sind ebenfalls „Vertriebene". Denn: „Eine Beendigung der Vertriebeneneigenschaft kennt das Gesetz nicht..."

Was das bedeutet, hat beispielsweise der sogenannte „Altsprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft", Walter Becher ausgesprochen: „Selbst das übernächste Enkelkind", so dieser Oberrevanchist, „kann noch stolz darüber werden und aufhorchen, wenn es erfährt, daß seine Familie rechtlich über die Schlüssel zu den Häusern verfügt, die unser waren, unser sind und aus dem Titel unabdingbarer Rechte auch fürderhin unser bleiben werden."

Aber nicht nur der Vertriebenenstatus ist gesetzlich festgelegt. Im Gesetz zur Reglung von Fragen der Staatsangehörigkeit wird eine „deutsche Staatsangehörigkeit" verkündet, deren Trägerin die Bundesrepublik sei. Danach ist „deutscher Staatsangehöriger" jeder Deutsche, der heute im Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 lebt.

In dem Gesetz heißt es weiter: „Die deutschen Volkszugehörigen (...) sind nach Maßgabe der genannten Bestimmungen deutsche Staatsangehörige geworden, es sei denn, daß sie die deutsche Staatsangehörigkeit durch ausdrückliche Erklärung ausgeschlagen haben oder noch ausschlagen." Zu den hier erwähnten Bestimmungen gehören alle während der Nazidiktatur erlassenen Anordnungen oder Verträge, die sich mit der „deutschen Staatsangehörigkeit" beschäftigen. Ein Beispiel dafür ist etwa die „Verordnung über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch frühere tschechoslowakische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit vom 20. April 1939. Also alle „Sudetendeutschen" sind nach diesem Gesetz „deutsche Staatsangehörige".

Die Revanchistenverbände entfalten ihre Politik auf der Grundlage der bestehenden Gesetze und der offiziellen Staatsdoktrin, nach der die „deutsche Frage" offen ist, nach der weder die DDR noch die Grenzen von Polen und der Sowjetunion völkerrechtlich anerkannt werden, nach der die Wiedervereinigung unter der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus oberstes Gebot der Politik ist.

Die „Vertriebenenverbände" erfüllen dabei ihre speziellen Aufgaben. Um noch einmal Walter Becher zu zitieren:

„Die Bundesregierung hat ihre Aufgabe, der BdV seine. Aber der BdV muß um zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton lauter sein kann."

Nach der Wende in Bonn sind die Vertriebenenverbände lautstärker denn je geworden. Zufall ist das sicher nicht. Haben doch eine große Zahl von Funktionären der „Vertriebeneverbände" ihre politische Heimat in der CDU/CSU und sitzen für sie als Abgeordnete im Bundestag. Herbert Czaja, der Präsident des BdV gehört sogar dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU Fraktion an. Der Berufsvertriebene Heinrich Windelen, seit 1956 Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats des BdV — auch so etwas gibt es — amtiert inzwischen sogar als Bundesminister für „innerdeutsche Beziehungen". Sein parlamentarischer Staatssekretär Ottfried Hennig ist gleichzeitig Sprecher der „Landsmannschaft der Ostpreußen".

In CDU/CSU gibt es fünf Gruppierungen, die sich revanchistischen Zielen verschrieben haben:

- die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung — Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU (OMV). Ihr Vorsitzender ist Herbert Hupka.
- die „Union der Vertriebenen in der CSU"
- die „Exil-CDU der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" (!)
- die „Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag". Ihr Vorsitzender ist Herbert Czaja
- die „Kommission für Volksgruppenrecht und Aussiedlerfragen bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion", Vorsitzender Herbert Hupka.

Demgegenüber nimmt sich der „Beirat für Umsiedler, Vertriebene und Flüchtlinge beim Parteivorstand der SPD" beinahe bescheiden aus.

Man sieht also, daß es eine besonders enge Verzahnung zwischen den „Vertriebenenverbänden" einerseits und der CDU/CSU andererseits gibt.

Wem CDU/CSU und „Vertriebenenverbände" am meisten verpflichtet sind und worum es letzten Endes wirklich geht, mag ein Blick in das „Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften" verdeutlichen. Dort findet man ein Verzeichnis der „nach 1945 in Gebieten der Oststaaten verbliebenen und inzwischen erloschenen, enteigneten oder in Volkseigentum überführten Gesellschaften". Da tauchen bekannte Namen wie Siemens, Rheinmetall oder Schering auf — insgesamt werden in diesem Handbuch 1982/83 unter der Rubrik „Deutsche Aktiengesellschaften in Polen, der UdSSR und CSSR" über 300 Firmen genannt.

Nostalgie? Sicher nicht — sondern Ausdruck handfester Interessen des westdeutschen Großkapitals.

Worte von Herbert Hupka

„Der Konflikt um die Falkland-Inseln erlaubt uns Deutschen, ja sollte uns eigentlich zwingen, im Analogieschluß Lehren für die eigene Situation und unser Handeln zu ziehen... Ein nach Großbritannien ausgewanderter Sudetendeutscher hat gleich zu Beginn des Konflikts auf diese Schlußfolgerung hingewiesen. Im „Sudetenboten", der in Kanada erscheint, schrieb Harvey Hochfelder: ‚Es gibt nicht 1800, sondern über 3 Millionen Sudetendeutsche, und das Sudetenland gehörte ihnen bereits ein paar hundert Jahre, als die Falkland-Inseln entdeckt wurden. Das Sudetenland ist weder tausend noch hundert Kilometer vom deutschen Sprachgebiet entfernt, es grenzt unmittelbar daran und gehört dazu. Wenn ein Territorium wie die Falkland-Inseln von etwa 12000 qkm 150 Jahre nach seiner Besitznahme durch die Briten noch auf einer Tagesordnung der Weltgeschichte steht, um wieviel berechtigter sind wir, unseren Anspruch, unseren Anspruch auf die Rückgabe des Sudetenlandes zu erheben.'"

***

„Es gibt keine Garantie, daß das zu vollendende Deutschland deckungsgleich sein wird mit dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937. Wir haben die Pflicht, die Substanz ganz Deutschlands zu sichern, zu behaupten und weiterzugeben."

„‚Ostdeutschland' umfaßt nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, also den heute unter polnischer und sowjetischer Herrschaft stehenden Teil des Deutschen Reiches, sondern auch das Sudetenland und die deutschen Siedlungsgebiete zwischen Ostsee und Schwarzem Meer."

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Veranstaltung der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG)
26. Juni, 19.30 Uhr in der „Werkstatt 3", Nernstweg, HH-Altona, Clubraum 1. Stock:
Skanderbeg — Retter des Abendlandes

VORANKÜNDIGUNG
KJD-Seminar Süddeutschland
13. bis 15. September bei Augsburg
Thema: Solidarität mit Nicaragua
Reiseberichte — Film — und eine politische Aktion vor Ort
Teilnehmergebühr: 25,— DM
Anmeldungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

9. Jahrestag des Aufstandes von Soweto

Wir, die schwarzen Südafrikaner in Hamburg (Azanian Adhoc Committee for the Commemoration of June 16th), feiern den 9. Jahrestag des Massakers an den demonstrierenden Schülern im ganzen Azania.

Wir beabsichtigen dieses traurigen Ereignisses wie folgt zu gedenken: 1. **14.06.1985** — Film „6 Tage nach Soweto". Der Film zeigt die gräßlichen Taten des südafrikanischen Regimes an der schwarzen Bevölkerung und ihre Folgen. Anschließend Diskussion. Zeit: **19.30 Uhr, Ort: Haus 3, Hospitalstr., Hamburg-Altona.** 2. **15.06.** — Demonstrationsmarsch (Beginn: **10.00 Uhr**) ab Dammtor (Moorweide) bis Karl-Legien-Platz. Abschlußkundgebung. Südafrikanische Live-Musik (Zeit: **19.30 Uhr, gleicher Ort**) 3. **16.06.** — an diesem Tag werden wir unserer Brüder und Schwestern, die im Kampf für die Befreiung unseres Landes gefallen sind, gedenken. Beginn der Veranstaltung: **19.30 Uhr, gleicher Ort.** Inhalt: Vortrag über die Geschichte Azanias, Dias, Gedichte und Lieder.

BONN am 15. Juni

Bundesweite Demonstration gegen das Hochschulrahmengesetz

+ + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Radikal

Liebe Genossen,

ganz sicher ist es notwendig, etwas gegen neofaschistische Horden in den Stadien zu tun. Doch mit seinen „Schmeißt sie raus"-Losungen ist es nicht getan, ebensowenig mit ökonomistischen Verkürzungen, die die Bildung solcher Gruppen auf die soziale Depravierung der Jugendlichen durch Arbeitslosigkeit zurückführen (was nicht bestritten werden soll) und dann stehenbleiben. Die Frage ist doch: was führt Jugendliche in den letzten Jahren so stark **gerade** zu Neonazi-Gruppen, Skins, militanten „Fan-Clubs", usw.? Warum gelingt es der Linken immer weniger, Jugendliche anzusprechen? Offensichtlich können die Neo-Nazis an bestimmte Bedürfnisse (Kameradschaft, Abenteuer, „Wir-Gefühl", usw.) anknüpfen, während die Linke dies **heute** nicht **mehr** kann.

Aktionen wie der „Sturm aufs Karlstor" in München 1972, die Bonner Rathausbesetzung 1973, der Aufmarsch zum „Roten Antikriegstag" 1975 in Frankfurt (mit „revolutionärer Blasmusik", usw.) mögen zwar sektiererisch gewesens ein, sprachen aber gerade ganz junge Leute emotional stark an: es war die Zeit, in der die „ML-Bewegung" immensen Zulauf gerade auch unter Schülern und Lehrlingen hatte, fast jede Woche im RM die Gründung neuer „Rote-Garde"-Gruppen gemeldet wurde, usw.

Und heute: fast nichts ist so ätzend langweilig, wie Plitik und Publizistik der westdeutschen Linken. Und während die Neonazis **(scheinbar)** die radikalste Opposition überhaupt darstellen, sinniert die Linke über ihr Verhältnis zur SPD, einer etablierten Partei. Das, was viele junge Leute suchen (und in den siebziger Jahren z.T. bei den „K-Gruppen" fanden) kann kaum eine linke Gruppe heute mehr bieten, eine Ausnahme scheint z.T. lediglich die MLPD darzustellen, (die auch **emotional** ansprechend agitiert), in gewissem Maße vielleicht auch die sogenannten „Autonomen", die aber zu diffus strukturiert sind, um Leute auch längerfristig binden zu können.

Das Problem ist übrigens alt, Ernst Bloch hat es in „Erbschaft dieser Zeit" anhand des Vergleichs faschistischer und kommunister Propagandamethoden in der Weimarer Republik schon vor Jahrzehnten ausführlich dargestellt.

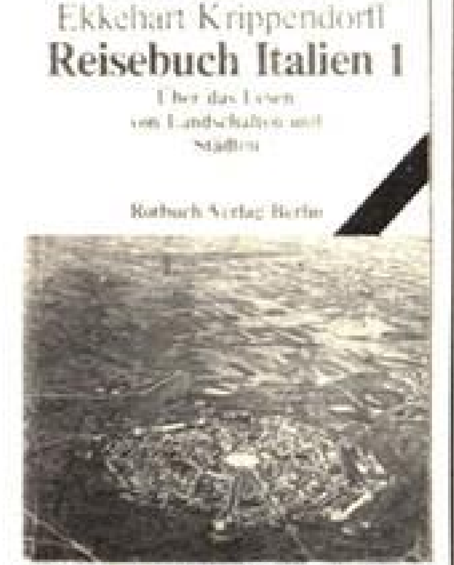
Noch etwas anderes kommt hinzu: wir leben in einem geteilten Land, in dem fremde Truppen stehen, Truppen, die im „Ernstfall" auch gegen die deutsche Arbeiterklasse eingesetzt werden. Die politische Souveränität der beiden deutschen Staaten ist eingeschränkt, zum einendurch das Besatzungsrecht, zum anderen zunehmend auch durch supranationale Institutionen wie EG, usw. Die nationale Frage ist also sehr real — und genau wie in der Weimarer Zeit läuft die Linke wiederum Gefahr, sie den Rechten zu überlassen, anstatt vernünftig eigene Konzepte zu ihrer Lösung zu erarbeiten. Gerade die KPD wra hier einmal auf dem richtigen Weg gewesen, Euer neuer Programmentwurf stellt einen unverzeihlichen Rückschritt dar. Damit wird den Faschos weiteres Terrain überlassen, obwohl diese ja nur „nationale" Phrasen dreschen, in Wahrheit aber die auf Schaffung imperialer Großräume abzielende Politik des multinationalen Kapitals vertreten. **So** kann antifaschisstischer Kampf nur in die Hose gehen — auf jeden Fall geht er an den realen Widersprüchen der jungen Neonazis vorbei und überläßt diese widerstandslos ihren verbrecherischen „Führern".

Grüße
P. aus Mainz

REISEBÜCHER

In den letzten Jahren hat sich ein besonderer Typ von „Reisebüchern" durchgesetzt, der sich erheblich vom klassischen Reiseführer nach dem Baedecker-Modell unterscheidet. Statt eine mit Detail-Informationen vollgestopfte Aufzählung von Sehenswürdigkeiten zu geben, wird hier versucht, den Blick auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge, auf kulturelle Besonderheiten oder geschichtliche Wurzeln der Reiseländer zu öffnen. Im folgenden sollen drei gelungene Beispiele dieses Buchtyps vorgestellt werden, die sich mit dem beliebtesten (und deswegen doch weitgehend unbekannten) Reiseland der Deutschen, nämlich Italien, beschäftigen.

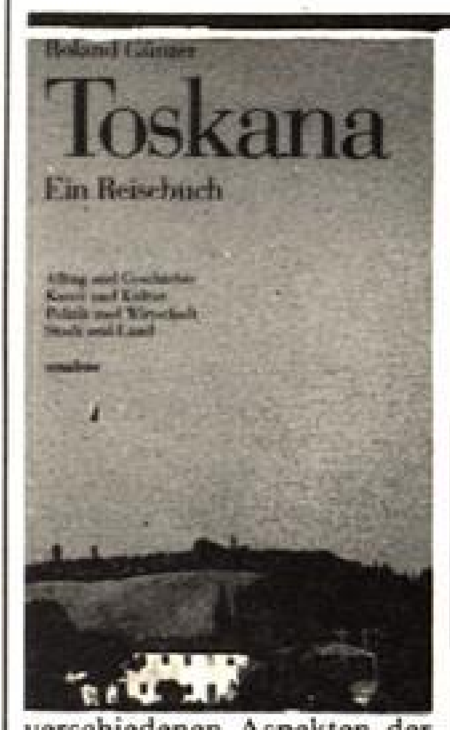
E. Krippendorff und P. Kammerer haben in ihrem zweibändigen „Reisebuch Italien" eine Sammlung von Aufsätzen vorgelegt, die kei-



nem „roten Faden" verpflichtet sind, sondern eher subjektiven Interessen und Eindrücken der Autoren. Die Themen sind aber so vielfältig — von Städte- und Landschaftsbeschreibungen bis zu den Pressefesten der KPI-Zeitung „Unità" — und so gut aufgearbeitet, daß insgesamt ein dichtes Mosaik der heutigen italienischen Wirklichkeit und ihrer historischen Bedingungen entsteht. Eine gute Basis-Lektüre für jeden Italien-Reisenden.

Peter Kammerer/Ekkehart Krippendorff, Reisebuch Italien, Westberlin 1982, (Rotbuch Verlag), 2 Bände, 10 und 12 Mark

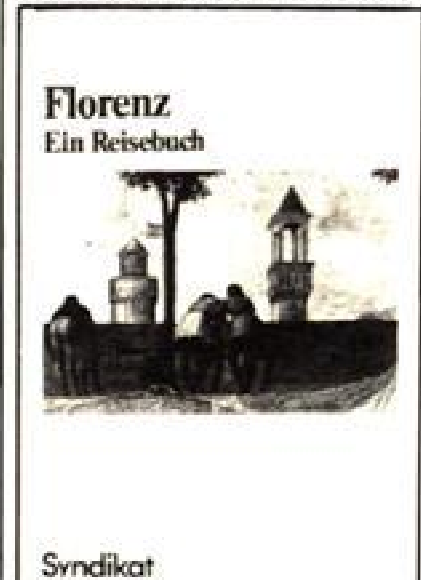
Roland Günters Reisebuch ist der von ausländischen Touristen wohl am stärksten bevorzugten italienischen Landschaft, der Toscana, gewidmet. Neben einem Reiseteil, in dem die einzelnen Städte und Regionen der Toscana dargestellt werden, enthält das reich bebilderte Buch ausführliche Informationen zur Geschichte und kritische Analysen der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Die Schwerpunkte liegen hier auf



verschiedenen Aspekten der Alltagskultur und auf einer außerordentlich kenntnisreichen Darstellung der Probleme von Stadtplanung und Architektur. Der Text ist insgesamt systematisch aufgebaut und sehr übersichtlich gegliedert. Am Rand der Seiten sind jeweils Textverweise auf andere Passagen des Buchs angebracht, die es dem Leser ermöglichen, rasch Zusammenhänge herzustellen, was die Benutzung des Buchs „vor Ort" sehr erleichtert.

Roland Günter, Toskana. Ein Reisebuch, Gießen 1984 (anabas Verlag)

Das Reisebuch „Florenz", erarbeitet von Studenten und Dozenten der Universität Bremen, ähnelt von daher den klassischen Reiseführern, daß es zumeist von den bekannten Stadtansichten, Architekturen, Kunstwerken usw. ausgeht. Die Autoren benutzen diese Ausgangspunkte allerdings, um ein Bild von den gesellschaftlichen Bedingungen der florentiner Kultur zu entfalten. Von daher liegt ein wesentlicher Schwerpunkt des Buches bei der Darstellung sozialer Bewegungen im 15. und 16. Jahrhundert, wobei sich die Autoren weniger für die Kriegszüge und die Machtentfaltung der Medici interessieren, als vielmehr für die Ausdrucksformen der frühbürgerlichen Demokratie, für die ersten kämpferischen Regungen der Lohnarbeiter (Aufstand der Ciompi) usw.



Florenz. Ein Reisebuch, Frankfurt 1982 (Syndikat)

Noch ein Tip für Florenz-Reisende: Der Delphin-Reiseführer „Florenz billiger". In diesem Bändchen findet

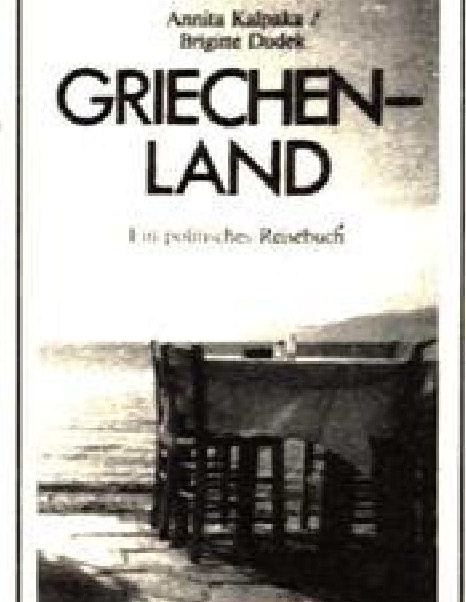


man jede Menge Hinweise auf preiswerte Übernachtungsmöglichkeiten, Alternativen zu den meist teuren Restaurants (z. B. Uni-Mensa), Tips für Kulturveranstaltungen, usw. Unentbehrlich für Leute mit knappem Reisegeld.

Heinz-Helmut Meyer, Florenz billiger, München/Zürich 1982 (Delphin Verlag)

Auch für Griechenland gibt es mittlerweile Reisebücher. Da ist zum einen „Griechenland — Ein politisches Reisebuch von Annita Kalpaka und Brigitte Dudek aus dem VSA Verlag zu nennen. Schon das Stichwortverzeichnis unter dem Titel läßt die Bandbreite der angesprochenen Themen erkennen: Sozialismus und PASOK, Militär, Kirche und Staat, Tourismus, Kultur, Athen, Männergesellschaft und Frauenbewegung, Musik, Inseln, Alltagsleben.

Griechenland heute, dies



Thema ist den Autoren genauso wichtig, wie die Darstellung der Stationen des griechischen Widerstands, der griechischen Geschichte. Das „andere" Griechenland, von den Gewerkschaften über die Frauenbewegung bis hin zur politisierten Jugend wird vorgestellt, die Volkskultur, das Leben in der Stadt und in der Provinz. Ein wichtiges Buch für Griechenlandreisende, geschrieben von Annita Kalpaka, die als Griechin in Griechenland gelebt hat, als Frau in einer Männergesellschaft und als Linke in einem überwiegend von Konservativen beherrschten Land, und von Brigitte Dudek, einer *xeni* (Fremden), die wissen wollte, was an dem Land anders ist, seinem Alltag, der Lebensweise, der Politik.

Annita Kapalka/Brigitte Dudek, Griechenland — Ein politisches Reisebuch, VSA Verlag, Hamburg 1982, 330 Seiten mit vielen Abb.

Gerd Höhler arbeitet als Korrespondent für mehrere Tageszeitungen in Athen. Sein Buch: Begegnungen mit Griechenland — Kultur/Geschichte/Politik ist auch kein klassischer Reiseführer sondern ein Buch, das die heutige Situation des Landes aus der Geschichte, den Traditionen erklärt. Ein Buch auch gegen die Idealisierung Griechenlands, des alten wie des



modernen des neueren Griechenlands. Der Autor schreibt in seinem Vorwort: *„Skepsis — eine gute griechische Eigenschaft unserer Tage — ist am Platze, wenn man auf die Suche nach Hellas geht. Skepsis nicht gegenüber diesem Land und seinen Leuten. Skepsis gegenüber den Vorstellungen vom alten und vom neuen Griechenland, die wir alle mit uns herumtragen, und die sich, gelegentlich, als Last erweisen."* Auch in diesem Reisebuch kein Anspruch auf Vollständigkeit, aber interessante Artikel z. B. über die Inselwelt, das Treiben der Nazi-Faschisten in Griechenland oder einfach über das Telefonieren ...

Gerd Höhler, Begegnungen mit Griechenland Kultur/Geschichte/Politik, roroгo Sachbuch, 282 Seiten mit vielen Bildern, 10,80 DM

Wat willße inne Toskana?

Wat willße inne Toskana, Alter?
Komm zu uns!
Bei uns im Pott
brutzelt dat Feinste
vom Feinsten!
Schomma probiert? Dat Essen
bei Willi umme Ecke? Nä? Nich?
Ker, hau rein:
Waddet da allet gibt:
Gyros mit Senf
Pizza mit Kartoffelsalat
Kebab mit Ketchup
Djuvetschreis mit Dunkelbier.
An jeder Ecke
ne Fünf-Sterne-Kneipe, Jung!
Wat willße dennoch mehr?
Wat willße denn inne Toskana?

Dieses Gedicht stammt aus dem „Zyklus auf die Freundschaft mit unseren ausländischen Mitbürgern" vom Ruhrgebietspoeten Eberhard Kirchhoff. Der gesamte Text steht in seinem Buch „Von Dortmund bis Managua — Gedichte & andere Steine", das im Asso-Verlag erschienen ist und irgendwie auch ein Reisebuch ist.

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.——h. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, Kontaktmöglichkeit zur KPD: GNN, Rendsburger Landstr. 9, geöffnet: Di u. Fr. 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474